

Die „Bolschowat“  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Grunewstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Goldporteurs zu beziehen.  
Preis vierthalbjährlich Mr. 8.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7102.

# Bolschowat

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgeld für  
Werbeanzeigen für die fünfgepaßte  
Zeitung oder deren Blatt  
20 Pfennige, für Beclins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Gebühren für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Breslau, Freitag, den 17. Mai 1895.

VI. Jahrgang.

## Zeugnisse der bürgerlichen Wissenschaft für die Sozialdemokratie.

B. G. In neuester Zeit wird uns Socialdemokraten öfters die Genugthuung zu Theil, constatiren zu können, daß die gelehrten Vertreter der herrschenden Gesellschaft die sozialdemokratische Kritik der bestehenden Verhältnisse und Einrichtungen als in sehr vielen Beziehungen zutreffend und untere Forderungen als befreigend erachten müssen, wenn sie auch noch mit allerlei Vorbehalt bei der Hand sind und fast niemals verläumen, ihren Zugeständnissen die einschränkende Redensart beizufügen: Aber im Ganzen geht die Socialdemokratie trotz allem viel zu weit. Auf diese Weise ist uns schon eine ganze Anzahl gelehrter und einflußreicher Socialpolitiker theoretisch ziemlich nahe gerückt, und ein Theil von ihnen verdient schon deswegen besondere Beachtung, weil man nach alledem, was man von ihnen weiß, anerkennen muß, daß sie ihrer durch scharfsinniges wissenschaftliches Arbeiten und Forschen erworbenen Überzeugung ehrlichen und unverholenen Ausdruck geben auf die Gefahr hin, in bürgerlichen Kreisen Anstoß zu erregen.

Zu diesen Gelehrten gehört der katheder-socialistische Professor Herkner in Karlsruhe, von dem bekanntlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1894 ein inhaltsreiches Buch über die Arbeiterfrage erschienen ist.

Herkner erkennt alle jene Voraussetzungen unseres Erfurter Programms rücksichtslos an, welche in dem mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung nachhaltenden Massenelende und dessen von dem wissenschaftlichen Socialismus enthüllten Ursachen gegeben sind.

So unterliegt es seiner Überzeugung nach keinem Zweifel, daß der schriftmäßige Großbetrieb im Gewerbe immer weiter vordringen, und daß hiermit eine außerordentliche Steigerung der Productivität der menschlichen Arbeit verbüpft sein wird. Auch das unterliegt nach Herkner keinem Zweifel, daß die vom Großbetriebe niedervercurierten Handwerksmeister und ihre Arbeiter in der jämmerrischen Lage sich befinden, und daß diese Ungunst der Lage sich auch „mehr oder weniger“ auf die Fabrikarbeiter fortsetzt, für deren Verhältnisse, wie er meint, an und für sich vortheilhaftere wirtschaftliche Voraussetzungen vorhanden wären. Die niedrigen Löhne des untergehenden Handwerks- und Verlagsystems eben der Lohnerhöhung in den Fabriken widerstand. Überdies erlaubt die Besitzlosigkeit dem ver-

einzelnen Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages nur selten, seine Interessen voll zur Geltung zu bringen. Ebenso wenig, meint Herkner weiter, könne bestritten werden, daß Arbeitslosigkeit und Krisen zu den schwersten Übeln unserer Zeit gehören und in der capitalistischen Productionsweise, wie sie jetzt sei, ihre Wurzeln haben.

Für das Gebiet der gewerblichen Production im Großen und Ganzen sei überhaupt zuzugeben, daß das sozialdemokratische Programm Recht habe, wenn es nur von der Verwandlung des capitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum und von der Umwandlung der Waarenproduktion in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production das Heil der Völker erwarte.

Nun werde aber, führt er des ferneren aus, von der Socialdemokratie angenommen, daß auch die Landwirtschaft demselben Entwicklungsziel zustrebe! Diese Auffassung befände sich jedoch mit den Ergebnissen der neuesten Forschungen im Widerspruch.

Professor Sering, einer der namhaftesten unter den Agrarwissenschaftern unserer Tage habe auf Grund umfassender Studien nachgewiesen, daß der bäuerliche Betrieb, und zwar nicht allein der denkbar höchst entwidelter, sondern die heutige ostdeutsche Bauernwirtschaft der Concurrenz des Großbetriebes um den Bodenbesitz durchaus gewachsen ist. Dieselbe würde sich auch ohne jeden Schutz neben der Großlandwirtschaft behaupten können.

Ob das wahr ist, beziehungsweise wie weit wir dieser Ansicht Bedeutung zuerkennen, davon zu sprechen werden wir später Gelegenheit haben. Für heute handelt es sich für uns zunächst darum, festzustellen, daß auch bei dieser Gelegenheit die gelehrten Herren sich gezwungen sehen, eine unsrer für die sozialdemokratische Landagitation allerwichtigsten Behauptungen als vollauf berechtigt zuzugeben.

Bei den weiteren Ausführungen betreffend die Lage unseres Bauernstandes nämlich hebt der Agrarwissenschaftler Sering unter Zustimmung Herkner's mit vielem Nachdruck hervor, daß die Gefahren, welche die Bauernwirtschaften bedrohen, namentlich in der Aufsaugung der Bauerngüter durch den Latifundienbesitz bestehen.

Er fährt alsdann fort: Der Latifundienbesitz, d. h. der ganz große Grundbesitz, vornehmlich also der unserer sogenannten Magnaten, ist namentlich in Schlesien und Posen vertreten, und dort könnte man sich über-

zeugen, wie manche große Herrschaften alljährlich ihre nicht verbrauchten Einkünfte immer wieder in Land anlegen, nicht aus irgend welchen wirtschaftlich zu rechtfertigenden Gründen, sondern zu keinem anderen Zwecke, als um ihre ohnehin schon gemeinschädlich ausgedehnte Machtphäre unaufhörlich zu erweitern.

Wie der Socialwissenschaftler Professor Herkner uns Socialdemokraten zugiebt, daß wir in Bezug auf das gewerbliche Gebiet recht haben, so geht demnach auch aus den eben wiedergegebenen Ausführungen des Agrarwissenschaftlers, Professors Sering, mit wissenschaftlicher Deutlichkeit hervor, daß die Socialdemokratie nicht minder recht hat, mit ihrer Gegnerschaft gegen den in den preußischen Provinzen vorherrschenden Latifundienbesitz, der im ganzen übrigen Deutschland zwar nicht so übermächtig ist, wie in unseren Provinzen, aber doch in allen Landesteilen vorhanden und überall weitreichenden Einfluß ausübt.

In Schlesien umfaßt nach amtlichen Nachweisen der Großgrundbesitz nicht weniger als 1.344.612 Hektar, während der mittlere Grundbesitz sich auf 625,288, der Kleingrundbesitz gar nur auf 372,784 und der ganze kleine, sogenannte unselbstständige Landbesitz, dessen Eigentümer auf Nebenverdienst angewiesen ist, sich bei 192,112 Besitzern auf 584,825 Hektar erstreckt.

Was für gefährliche Feinde in unseren schlesischen Magnaten der Bauernstand besitzt, geht aus der gleichfalls amtlich festgestellten Thatstache hervor, daß während der 30 Jahre von 1850 bis 1880 in Schlesien nicht weniger als 4920 Bauergüter mit 194,805 Hektaren verschwunden sind.\*)

Die Latifundienbesitzer bilden den Kern, die Führer und Oberherren der conservativen Parteien; sie sind nicht nur die ärtesten Feinde der Bauern und noch mehr der Landarbeiter, sondern die schlimmsten und mächtigsten Feinde des ganzen Volkes, sie in ihrer Gesamtheit sind der ärteste Land- und Culturschaden, der die modernen Völker in ihrem Ringen nach Freiheit und Wohlergehen belastet wie ein Alp. Vornehmlich zu ihren Gunsten und nebenbei auch zum Vortheil der größten der Großindustriellen erhebt die Reaction — wie man sich z. B. in der „Sächs. Zeitung“ überzeugen kann — unmittelbar nach dem schmählichen Falle des Umsurzgesetzes ein wüstes Geschrei nach

\* Siehe u. A. Fiedler. Die Arbeiterfrage auf dem Lande. Leipzig 1895, S. 80.

Zukunft und die Veranlassung, die mich nach Russland geführt hatte, sprachen.

Ich teilte dem Hausherrn mit, was ich heute in meiner Unterredung mit dem Advokaten an einleitenden Schritten gehabt, und hatte die Befriedigung, Constantin in seinen Vorschlägen für Marguerite's künftige Stellung noch weit über meine Andeutungen hinausgehen zu sehen. So war denn die Hauptfrage schon zu unser Beider Zufriedenheit geordnet, und als jetzt aus dem Salon Musik herübergeschallte, erhoben wir uns, um uns den Nebrigen anzuschließen.

Helene saß an dem Flügel und sang das Lied vom Sternenbauer; Sascha verschlang die Sängerin völlig mit seinen Blicken, und die Französin, die nach beendetem Diner wieder mit Sophie erschien war, hätte Helene allem Anschein nach am liebsten vergiftet.

Constantin Weleky und seine Gemahlin schien vor Sascha's zudringlichem Benehmen unangenehm berührt, und da auch mir das Wesen des jungen Lassen längst ein Dorn im Auge war, beschloß ich, seiner Courtmacherei für heute dadurch ein Ende zu machen, daß ich selbst recht zärtlich gegen meine Pseudogattin wurde. Da wir ja ganz en famille waren, hatte es nichts Auffälliges, wenn ich mich neben Helene setzte und meinen Arm auf die Lehne ihres Sessels legte, wodurch es Sascha unmöglich gemacht wurde, sich über sie zu beugen.

Als Helene im Lauf der Unterhaltung einen Herrn Alfred de Musset's mit drolliger Schwung erzählte, bewirkte ich Begeisterung für ihren Vortrag und mit

## Meine officielle Gattin.

Roman von H. R. Savage.

(Nachdruck verboten.)

Anfanglich fühlte ich mich verzagt und ein Gefühl der Scham stieg in mir auf, als der Diener meldete: „Herr Oberst Lenox und Gemahlin.“ aber Helene's zuversichtliches Auftreten belebte meinen Mut und bald vergaß ich die falsche Situation, in der ich mich befand.

Außer Constantin Weleky, seiner Gattin und seinen drei Kindern, zwei Söhnen, von denen der Älteste Page war, während der Jüngere die Uniform der Kaiserlichen Cadetten trug, und einem allerliebsten Töchterchen von neun Jahren, waren nur noch Boris und Sascha anwesend; in Begleitung der kleinen Sophia befand sich deren Gouvernante, eine lebhafte kleine Französin, die uns als Mademoiselle Eugenie Delanay vorgetellt wurde und ein etwas zu tief ausgeschnittenes Kleid trug.

Auch die Jugend unterlag dem Zauber, der von Helene ausgeging; der Page ward für den Abend ihr Page, der Cadett wußt nicht von ihrer Seite und die kleine Sophia setzte sich ihr auf den Schoß und konnte sie — ersichtlich nicht zu Helene's Erbauung — Großmama!

„Aber Sophia — sie ist ja gar nicht Deine Großmama“, rief Madame Olga lachend.

„Aber sie ist doch die Großmama meiner kleinen Cousine Karla“, sagte Sophia lächelnd, „und so muß

sie auch die meine sein. Sascha sagt, sie sei meine Feengroßmama und —“

Was Sascha noch sonst gesagt hatte, erfuhr Niemand, da Helene dem Kind den Mund mit Küschen verschloß; Madame Olga gab jetzt der Französin einen leisen Wein und diese entfernte sich mit der Kleinen, freilich nicht ohne vorher einen finsternen Blick auf Sascha zu werfen, der sich über Helene beugte und ihr ganz verliebt in die Augen schaute.

„Aha — Major Sascha scheint das Geschäft, Frauenherzen zu brechen, en gros zu betreiben,“ dachte ich bei mir, als ich den Blick der Gouvernante auffing; jetzt ward gemeldet, daß servirt sei, und ich eilte, unserer Wirthin den Arm zu bieten, während d' Helene an Constantin Weleky's Seite dem Speisjaal zuschritt.

Sascha saß an Helene's anderer Seite, und es war gut, daß die Französin nicht Theil an der Muhlzeit nahm, denn sie hätte sich wahrscheinlich zu Tode geärgert über die Vertraulichkeit, die zwischen meiner officiellen Gattin und dem ledigen Major herrschte.

Das Mahl begann nach russischer Sitte mit der saccusa, einem aus gesalzenen Fischen, Caviar und sonstigen appetitreibenden Speisen bestehenden Vorspeisen, und brachte dann alle Seltsamkeiten der Saison, nebst einer Auswahl der kostlichsten Weine.

Nach aufgehobener Tafel begaben die Damen sich in den Salon, wohin Sascha denselben bald folgte, während Constantin Weleky und ich über Marguerite's

einem schlimmeren Ausnahmegesetz gegen uns Socialdemokraten.

Wir können also gerade jetzt ein Zeugnis, wie das des Professors Sering, daß das Volk es in den Kaiserdienstbezirken mit Feinden auch der Bauern zu thun hat, gewiß ebenso gut brauchen, wie das Bekanntnis des Socialwissenschaftlers Professor Herkner, wonach in Bezug auf die Industrie die sozialdemokratischen Forderungen alle von der Wissenschaft als berechtigt anerkannt werden müssen.

## Politische Rundschau.

Die Centrums presse behauptet — und sie unterstützt die Behauptung mit mancherlei Gründen —, daß die Regierung absichtlich und planmäßig die Umsturzvorlage zu Fall gebracht habe. In dieser Allgemeinheit ist das jedenfalls nicht richtig. Von Plan und Methode im Vorgehen der Regierung kann unmöglich gesprochen werden. Oder sollte die Planlosigkeit, mit der die Mitglieder der Regierung in der zweiten Lesung des Umsturzgesetzes vorgingen, etwa Plan gewesen sein? Das hieße dem Zickzackurs zu viel Seite antheilen; derselbe hat wohl einen Willen — sogar jede Stunde einen anderen — aber keinen Plan. Das aber steht fest, innerhalb der regierenden Klassen und auch wohl innerhalb der Regierung sind Elemente, die einen Conflict mit dem Reichstage wünschen — einen Conflict, der von größerer Tragweite wäre, als weiland der Conflict zu Anfang der 60er Jahre. Damals handelte es sich um einen Conflict zwischen Volksvertretung und Regierung — Landtag und Bismarck —; und diesmal wäre es ein Conflict zwischen Volksvertretung und Krone — zwischen Reichstag und Kaiser. Dieser Conflict liegt auf dem Wege aller Politiker, deren Ideal der Staatsfreiheit ist.

Die Bedeutung der Niederlage, welche die deutsche Reichsregierung mit ihrem Umsturzfallbuche sich zugezogen hat, wird im Ausland zwar wohl nicht besser begriffen als im Inland, aber jedenfalls schärfer zum Ausdruck gebracht. Daß das Ansehen der Regierung schwer gelitten hat, daß der Kaiser selbst in die Niedelage verwickelt worden ist, darüber herrscht in der ernsthaften Presse des Auslandes nur eine Meinung — ebenso wie darüber, daß die innere Krise mit den letzten Boten des Reichstages nicht zu Ende ist, sondern daß zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage noch schwere Kämpfe bevorstehen. Erwähnt sei hier der Artikel des als „deutschfreundlich“ bekannten Hauptorgans der englischen Conservativen, des „Standard“. Schärf gerügt wird die Thorexit der Regierung, die sich ein so unvollständiges Ziel gesetzt und obendrein sich nicht vorher mit den maßgebenden Parteien verständigt und mit der öffentlichen Meinung nicht Fühlung gesucht habe. Die Planlosigkeit der Regierung, die für eine schlechte Sache ja leicht operiert habe, sei durch das „erstaunliche Ungeheuer“ (the amazing ignorance of the situation) der einzelnen Minister zu einer wahren Calamität erhoben worden. Die Regierung habe die ganze öffentliche Meinung gegen sich empört, und die Autorität, die sie hätte wollen, schwer erschüttert. Nach einer scharfen Kritik

des ganzen Vorgehens der Regierung und der reactionären Parteien schließt der Artikel: „Der deutsche Kaiser hat mehr als einmal sein Volk aufgefordert, ihm zu vertrauen. Aber hat nicht das deutsche Volk auch ein Recht zu verlangen, daß der Kaiser ihm vertraue? Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, selbstständig seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Mit diesem oder einem anderen Reichstag kann der Monarch in Differenz sein. Aber er kann sich nicht ohne weiteres in Widerspruch mit dem Geist der Nation legen.“

Als Diener der herrschenden Klassen erscheinen uns die christlichen Geistlichen durchgehends. Daß diese unsere Anschauung, der man in gewissen Kreisen leidenschaftlich zu widersprechen liebt, den Thatfächlichen Zustand der Dinge bezeichnet, bestätigt jetzt auch ein Artikel des Stöcker'schen „Volk“, in dem es u. a. heißt: „Und hier wollen wir auch noch eine Thatache vorführen, die in zahlreichen, uns unlöslich der Rundgebungen gegen die Umsturzvorlage zugegangenen Briefen evangelischer Pastoren erwähnt wird. Der furchtbare Druck, von dem wir eben sprachen, er lastet auch auf einer großen Anzahl von Predigern der christlichen Weltanschauung. Durch tausend Rückfichten gebunden, können sie nicht um die Volksseele ringen, wie es nötig wäre. Ihre Haltung läßt sie als Diener der herrschenden Klassen erscheinen und dieser Umstand trägt mit dazu bei, die Gemüther des Volkes aufnahmefähig zu machen für die Hegreden der Feinde des Christenthums.“ — Diese Geständnisse sagen uns allerdings nichts Neues, aber sie sind doch recht interessant, lassen „tief blicken“ und sollen von uns gelegentlich gern benutzt werden.

Für die diesjährige Maifest-Zeitung wird durch Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft immer mehr und immer aus neue Reklame gemacht. Schon in Berlin war unsere Festchrift „Maifest 1895“ auf diesem Wege zu hoher Berühmtheit gebracht worden. Aber während die Zeitung in Berlin und an anderen Orten, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., nach den entsprechenden Gerichtsbeschlüssen von der beschlagnehmenden Behörde pflichtgemäß zurückgegeben wurde, wollen die Braunschweiger Behörden in ihrem Drange nach staatserhaltenden Thaten noch etwas besonderes leisten. Auch dort war die Zeitung beschlagenahmt, auch dort die Beschlagnahme durch Gerichtsbeschluß aufgezogen worden. Aber siehe da: die Polizei gab das Blatt nicht heraus, weil mittlerweile ein Amteiergerichtsbeschluß eingetroffen war, der die Beschlagnahme auf Grund der §§ 94 und 98 der Strafprozeßordnung auf neue anordnet und die Sicherstellung der „Maifest-Zeitung“ verfügt, da dieselbe als Beweismittel für die schneidende Untersuchung von Bedeutung sei. Natürlich wird die Zeitung wieder freigegeben werden, auch wenn jetzt der Staatsanwalt eine formelle Anklage erhebt. Aber angewiesen ist doch sowohl der Richter des betreffenden Amtsrichters, Wegmann mit Namen, als wir auch für die unfreiwillige Reklame, die auf diese Weise für die „Maifest-Zeitung“ gemacht wird, erfrischig dankbar sind.

Wie der Steuerzettel agitiert. Im conservativen „Elberfelder“ erzählt Herr von Rogitz von

den Schwierigkeiten, die sich den Conservativen bei der Erstwahl im 6. sächsischen Wahlkreis entgegenstellten. Aus Plauen wird da berichtet: „In Plauen sind kurz vor der Wahl die Steuerzettel ausgetragen worden, und bei der Prüfung derselben haben viele, bekannt staatserhaltende Leute, zumal da sie den zehnprozentigen Zuschlag sahen, ausgerufen: „Ach was, ich wähle gar nicht, oder ich wähle roth!““ Ja, so was ist fatal! Konnte der Herr Gemeindevorstand seine Steuerzettel nicht noch einige Tage zurückbehalten? Der Socialdemokrat wäre dann vielleicht doch unterlegen. Das Steuerzahlen ist eben eine Einrichtung, die von Niemandem angenehm empfunden wird. Und die, so darauf loswirtschaften, daß die Steuersummen immer höher ansteigen, müssen es schon ertragen, wenn sie von den schließlich rabiat werdenden Steuerzahlern heimgesucht werden.

Auch bei der neuesten Schießerei in Mainz ist der betreffende Soldat, Musketier Hesse, auf telegraphisch eingetroffenen Befehl des Kaisers geholt worden. Das Telegramm enthielt die Weisung, daß dem Soldaten für sein tapferes Verhalten die allerhöchste Anerkennung seines obersten Kriegsherrn durch den Gouverneur Herrn von Solleben vor der versammelten Mannschaft des 1. Bataillons und in Anwesenheit des gesamten Offiziercorps des Regiments auszusprechen sei. Bei der Ausführung dieses kaiserlichen Befehls waren außer dem Gouverneur, dem Oberst und dem Offiziercorps des Regiments Nr. 87 noch die Herren Commandant Sichert v. Sichertshoff und der Brigadegeneral v. Bardeleben anwesend, sowie sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften des Bataillons. Dem Soldaten wurde der kaiserliche Befehl mitgeteilt, die allerhöchste Anerkennung ausgebracht und das Verhalten des als Gehörten der übrigen Mannschaft in ähnlichen Fällen zur Nachahmung empfohlen. Seder der anwesenden Generale, der Stabs- und anderen Offiziere beeilten darauf Hesse mit einem Händedruck. Der „Mainzer Anzeiger“ schreibt zu der Schießerei treffend: Ein merkwürdiger Zusatz will, daß der schneidige Kriegsminister Bronsert v. Schellendorff von der Armee gesagt hat, sie wolle kein Blut vergießen; Polizei und Feuerspröche genügten, um Widerstande in Boaren zu treiben. Aber das ist Theorie; in der Praxis wird geschossen und gestochen.

Die „nationalen Parteien“ haben, wie schon kurz mitgeteilt, auch bei der Stichwahl in Ulm wieder eine schwere Schlappe erlitten. Nachdem die Wahl des Nationalliberalen wegen Ungehörigkeiten fassirt worden war, hatten Nationalliberalen, Conservative und Antisemiten den „Wirthschaftspartei“, d. h. Agrarier Ehmam, aufgestellt, während die Volkspartei, der linke Flügel des demokratisch angeschauten Liberalismus, den früheren Vertreter Haehnle präsentierte. Es wurde, da im ersten Wahlgang Ehmam 6616, Haehnle 6035, Genosse Dietrich 2017 Stimmen erhielt, Stichwahl erforderlich, die am 13. Mai stattfand und der Volkspartei, den unsere Partei unterstützte, mit 9626 Stimmen den Sieg über den „nationalen“ Candidaten mit 7626 Stimmen brachte. Württemberg zählt unter seinen 17 Vertretern jetzt 11 Volksparteier und nur noch 2 „nationale“, von

In der That — Sie haben Recht — hier ist der Brief.“

### 10. Kapitel

Helenes Demuth rührte mich, und den Brief ein, und, denke ich, wie entzückend:

„Helen, Sie müssen doch einsehen, daß Ihr letztes Spiel mit Sofja gefährlich ist.“

„Für wen denn?“ lachte sie. „Doch nicht für mich?“

„Für mir meine Ehre,“ rief im Brust; „außerdem hat auch die Gouvernante Sie und Sofja sehr schätzbar.“

„Sie — wie liegt denn?“

„Nun, ja viel ich schon könnte, für die Französin eiterbürtig; verantwortlich hat Sofja ihr auch den Kopf verloren.“

„Huh? Das kann ja gar nicht so, als ob Sie dachten, der ältere Herr habe Gouvernante auf mich gemacht.“ murmelte Helene gedämpft.

„Es soll mich freuen, wenn ich mich getrost habe,“ sagte ich bestimmt, und der Rest der Geschichte verließ in bestechender Gänze.

Zu Hause angekommen, war Helene außerordentlich anstrengt gemacht; sie half mir den Heberzieher auszupacken und sagte dann bester: „Sie fühlen ganz sicherlich, ich werde bei Samstag Abend lassen und Ihnen eine lange Zeit bereitstellen — das wird Ihnen gut tun.“

Dann lächelte sie dem Dienst und befahl den Servieren; als ich nach einer halben Stunde wieder in den Salón trat, lag meine Schreibplatte in einem

allerliebsten Deshabillé am Theetisch, und mit die dampfende Tasse hinreichend, sagte sie leise und bedeutsam: „Ich habe die mir übertragene Aufgabe gelöst und kann Petersburg jederzeit verlassen.“

„Gott sei Dank,“ murmelte ich erfreut, „dann kann ich morgen in aller Frühe Marguerite's Angelegenheiten endgültig ordnen und später unsere Aufenthaltskarte auf dem Meldeamt gegen neue Pässe einlaufen, so daß wir übermorgen den Mittagszug zur Akademie benutzen können.“

Zu Nebermäß meiner Freude wollte ich Helene umarmen und küssen, allein diesmal stieß sie mich mit kräftigem Arm zurück und rief blitzen Auges: „Keine weiteren Unverschämtheiten, mein Herr Oberst!“

„Wie — wa — as,“ flotterte ich fassungslos, „was bedeutet das denn?“

„Das bedeutet,“ versetzte Helene hochmuthig, „daß ich heute nicht mehr in der Lage bin, mit Ihrer Unverschämtheiten gefallen lassen zu müssen! Noch gestern war ich auf Ihren Schutz angewiesen, ich hatte meine Mission noch nicht beendet und um des Endzwecks willen mußte ich mich fügen — wenn es nicht anders möglich gewesen wäre, hätte ich sogar meine Ehre auf dem Altar meines Vaterlandes opfern müssen,“ schloß sie erbebend, um nach kurzem Schweigen triumphierend Ton fortzufahren: „Heute sind unsere neuen Verhältnisse angekündigt, die neue Chiffre ist vereinbart und ehe ich mich jetzt von Ihnen beschimpfen lasse, indem ich Ihre Lüge dulde, würde ich Sie — ungern noch machen!“ (Fortsetzung folgt.)

dem Austritt: „Schéz, dafür mußt Du einen Fuß haben,“ preßte ich meine Lippen auf die ihren, unbekümmert um ihren wutherrühdenden Blick, und ohne Rötz davon zu nehmen, daß Sofja mich neidlich von der Seite ansah. Als wir uns endlich empfahlen, denn es war irgendwann spät geworden, hörte ich Olga Welesky lächelnd äußern:

„Bürtlich, Laura, Sie sind zu bereitend. Ihr Sohn ist noch immer Ihr Liebhaber,“ warum Helene spöttisch zurückzog: „Ah, beratige Stimmen stellen sich mir bei ihm ein, wann er dem Champagner zu reichlich zugesprochen hat.“

„Doch durch diese Bemerkung meine Sogne nicht gerade röng wurde, wird jeder begreiflich finden: meine Langt hatten inbei nichts von ihrer Schönheit eingeschaut und so sah ich, daß Sofja beim Abschied unserer offiziellen Sattia ein Briefchen in die Hand gleiten ließ. Sobald wir im Bagen saßen, sagte ich ohne jede Rücksicht: „Rudeme — hier mit dem Brief!“

„Mit welchem Brief?“ fragte Helene, eine Waffe gekräuselter Haarschopf hergehoben.

„Den Brief, welchen Sofja Ihnen vorhin gezeigt,“ sagte ich kurz.

„Sí — mit welchem Recht verlangen Sie denn meine Briefe zu lesen?“

„Mit dem Recht Sires offiziellen Gesuchs; so lange ich Sirez den Schutz meines Namens gewähren soll, habe ich auch die Berechtigung, dafür zu sorgen, daß dieser Name nicht durch Sie geschädigt wird.“

denen der Abgeordnete für Stuttgart im Falle der Kassierung des Mandats auch seinen Sitz unserer Partei überlassen müsste. Man hat in Süddeutschland die preußische Herrlichkeit gründlich satt. Schlag auf Schlag fallen die Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Reaction. Die kaiserliche Entrüstung vom 23. März hatte am 13. Mai in Köln und Ulm nicht 12,000 Stimmen für sich, die Gegner aber 28,000 Stimmen: 70 p.C. der abgegebenen Stimmen. Ob es nach all diesen Erfahrungen der Zickzackcurs noch lange wagen wird, gegen den ausgesprochenen Willen der großen Mehrheit des Volkes zu regieren?

— **Sächsische Vereinsfreiheit.** Durch Erlass der Amtshauptmannschaft Freiberg ist der am 29. Sept. 1894 angemeldete Allgemeine Knapschaftsklassen-Vertreterverein für das Bergrevier Freiberg ebenfalls der Auflösung verfallen. Die Begründung des Auflösungsbeschlusses lautet wörtlich wie diejenige der Amtshauptmannschaft Chemnitz, womit diese Ende März den Knapschaftsvertreterverein für Lugau und Umgegend verbot. Diese Begründung gipfelte darin, daß es ein unbefugter Eingriff in die Zuständigkeit der Kassen und Genossenschaftsorgane sei, wenn sich Vereine die Förderung der Interessen für ... Kassen angelegen hätten.

In Serbien geht's jetzt richtig zum finanziellen Krach. Die Erklärungen des neuen Finanzministers Popovitsch enthalten die offene Ankündigung des serbischen Staatsbankrotts. In einer Unterredung mit einem Correspondenten der „Frankf. Zeitg.“ äußerte er, das serbische Budget sei um 8½ Millionen überlastet. Serbien könne seinen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber nicht wie bisher nachkommen; es wolle keinen Bruch mit den Gläubigern, sondern wünsche deren Entgegenkommen in der schweren Lage. Die serbische Regierung werde mit dem Banker-Syndikate gütliche Verhandlungen anbahnen, um die Conversion der gesamten Staatsschulden auf friedlichem Wege herbeizuführen; sie müsse zu einer gewaltsamen Reduktion der Coupons schreiten, wenn gütliche Mittel aussichtslos sein sollten. Nach der Ansicht des neuen Finanzministers könne Serbien höchstens 14 Millionen für den auswärtigen Dienst verwenden. Popovitsch's erstes Bestreben sei, Klarheit über den Stand der Finanzen zu schaffen, hierzu habe er von dem Könige die Beigabe eines Rathe von neun Mitgliedern verlangt und erhalten. Derselbe bestehé aus angesehenen unabhängigen Personen aller Parteien und solle seine des Ministers, Täglichkeit controliren und ihn, den Minister, mit seinem Rathe unterstützen. Und dabei bewilligt der „gelehrte“ Körper Serbiens dem Spieler und Verschwender Milan nach einige Millionen „Pension“.

Über die Stimmung in Italien wird dem „Vorwärts“ aus Mailand geschildert: Die Begründung des königlichen Edictes, welches die Kammer auf löst und die Neuwahlen für den 26. Mai anordnet — die Stichwahlen sollen am 2. Juni stattfinden — und welches die Kammer und den Senat auf den 10. Juni nach Rom beruft, ist ein Schriftstück, wie es wohl niemals ein constitutionelles Land sich hat bieten lassen. Der „Aino“ in Rom nennt es ein Sammelsurium von fausidicken Lügen, Drohungen und Unverschämtheiten, eine zweite sehr verstärkte Auslage des Lügenberichtes an den König Humberto, mit dem die Kammer gegen die Verfassung nach Hause geschickt wurde. Die conservativ-liberale „Gazetta Piemontese“, das sehr einflußreiche Organ Nord-Italiens in Turin, dem Stammsitz der Savoyer, ruft aus: „Wie tief sind wir gesunken! Wodurch hat Italien verdient, vor dem Ausland so schmachbedeckt dazustehen? Kein Wort von der schreienden Verfassungsverletzung, kein Wort von der brennenden Moraltage, die soeben durch Mitteilungen von Tanlongo neu aufgetischt wurde, kein Wort von der Willkür der Anwendung der Ausnahms- und Zwangsgelege, von der Verfassungswidrigkeit der durch königliches Decret dictirten neuen Steuern, der gewaltsamen Entfernung von über einer halben Million Wählern aus den Wahlstellen. Der Urheber aller dieser Willkür spricht geradezu das Land.“ So spricht ein sehr gemäßigtes Blatt. Aber die entrückte bürgerliche Gesellschaft Italiens hat den Dictatordienst verdient. Man muß das Gedränge und den Zulau der ministeriellen Candidaten in Rom in den letzten Wochen beobachtet haben, um den Vergleich mit der früheren Bourbonenwirtschaft tief zu Gunsten der letzteren zu empfinden. Mitten in dem heißen Juni, wo alle anderen Kammer in die Ferien gehen, und wo Rom ein Brutofen ist, wird absichtlich das Parlament berufen, damit es in Agonie tage und sobald als möglich wieder nach Hause geschickt werden könne. —

Diese Absicht Crispis wird von Blättern der verschiedenen Parteien offen hervorgehoben und diesen Auskünften gegenüber muß man den triumphirenden Hohn lesen, den die Crispiniischen Blätter in Rom über das Schriftstück zu erkennen geben. Das „Giornale“ neant die Begründung eines der wichtigsten historischen Aktenstücke der glorreichen Regierung des einzigen Staatsmannes und der „Contere“ hebt besonders die edle Bescheidenheit hervor, mit der Crispi in seinem würdigen Stolze in diesem Schriftstück nicht eine einzige der vielen Wohlthaten hat erwähnen wollen, die er in seiner kurzen Regierung dem Lande geleistet.

— Die Feier der „silbernen Hochzeit Roms mit Italien“ (20. September) dürfte, so schreibt die „N. Zürcher Zeitg.“, nicht so glatt verlaufen, als ursprünglich zu hoffen war. Ganz abgesehen davon, daß die verschiedenen Fest-Comites sich gegenseitig in den Haaren liegen und daß man noch immer nicht weiß, woher eigentlich die Mittel für die Feier kommen sollen, regnet es Proteste gegen das Fest überhaupt. Und zwar sind es da durchaus nicht etwa nur die Klerikalen, deren Verstimmung begreiflich ist, auch die radicalen Parteien, Republikaner und Socialisten, wollen von einer Beliebung an den September-Festen nichts wissen. Die Zahl der formell Protestirenden geht bereits in die Zehntausende und die Einwände, die sie geltend machen, sind theilweise charakteristisch genug. So erklären die Arbeitervereine von Florenz, Alessandria, Saipier d'Arena und Genua: „Partei-Leidenschaften, Clerikalismus oder Radicalismus haben mit unserer Ablehnung nichts zu schaffen. Was uns zu ablehnenden Haltung bestimmt, das ist die Misere des Augenblicks, ist der Umstand, daß Rom nicht die Hauptstadt eines freien Reiches, sondern das geheiligte Asyl politischer Intriquanten, schlauer Affairisten, Bankiers und corruptirter Minister, daß es das Metta einer allen öffentlichen Wohlstand auffaugenden Bürokratie geworden ist . . .“

Besser kann Crispis Residenz wohl kaum gekennzeichnet werden, als es durch diese Worte geschieht.

In Belgien hat die Sache der Arbeiter wiederum einen großen Erfolg aufzuweisen. Bei der Erfatzwahl in Thuin, wo sich vier Candidaten befämpften, hat bekanntlich die erste Wahl dem socialistischen und dem katholischen Candidaten die meisten Stimmen gegeben. Der Socialist, der wegen socialistischer Agitation abgezogene Gymnasiallehrer Leken aus Thuin, erhielt 18,106 Stimmen, der katholische Candidat 16,087 Stimmen. Gegen die October-Wahlen bedeutet das eine Zunahme der socialistischen Stimmen um genau 7000, und eine Abnahme der katholischen um stark 2000. Der damalige liberale Candidat hatte 17,000 Stimmen, der diesmalige 9000. Die Aussicht für die Stichwahl ist für die Socialdemokratie also günstig.

Unsere französischen Genossen suchen von dem Fall der deutschen Umsturzvorlage auch ihr Theil zu profitieren. Sie rufen: Die deutsche Umsturzvorlage ist tot! Nieder mit der französischen Umsturzvorlage! Nach der Ermordung Carnot wurde bekanntlich in der französischen Kammer ein Umsturzgesetz im Handumdrehen bewilligt. Nach dem Sturze Petiers fand ein Antrag, jenes Gesetz aufzuheben, nicht genügende Unterstützung. Jetzt nun ist der Antrag von Neuem gestellt worden, und unter dem moralischen Eindruck des Reichstagsvotums vom vorigen Freitag und Sonnabend wird er wahrscheinlich angenommen. Geschieht dies — was, wie gesagt, zu erwarten —, so hätte der deutsche Reichstag auch den Franzosen einen großen Dienst geleistet und gleich zwei Umsturzgesetze mit einem Streich erlegt.

## Parteiangelegenheiten.

**Sächsisches.** In Mittweida hatte der Bürgermeister Spelt — bekannt durch das Verbot des Sängerkreises des Westsächsischen Sängerbundes — eine für den 1. Dezember vorigen Jahres zur Besprechung der Tabaksteuer-Vorlage geplante gewisse Versammlung der Tabakinteressenten mit der Begründung verboten, der als Referent in Aussicht genommene Cigarettenfabrikant und Reichstags-Abgeordnete Franz Hofmann aus Chemnitz sei „vorbestraft“; ebenso verbot er eine für den 3. März d. J. angemeldete gleichartige Versammlung, weil der Referent Reichstags-Abgeordneter Geyer gegen die Reichsregierung mißliche Reden führen oder zu Gelehrzeübertretungen geneigt machen könnte. Gegen beide Verbote war vom Einberufer der Versammlungen, dem Cigarettenarbeiter Max Fichtner, bei der Leipziger Reichshauptmannschaft Beschwerde erhoben worden. Am 13. April nun, mehr als vier Monate nach dem Verbot der zweiten Versammlung, erhielt Fichtner eine Zuschrift des Bürgermeisters Spelt, wonin in Beziehung auf die zweite Versammlung wo Geyer referirte sollte, gesagt ist, die Kreishauptmannschaft habe auf die Beschwerde besunden, daß die persönlichen Eigenschaften und das bisherige Auftreten des für fragliche

Versammlung in Aussicht genommenen Referenten keinen hinreichend sicherem Schluß auf den Zweck der Versammlung gestatteii u. d. daß die für diese Versammlung aufgestellte Tagesordnung zu Bedenken keinen Anlaß gegeben habe. Was die Kreishauptmannschaft zu dem Verbot der ersten Versammlung, wo der Reichstags-Abgeordnete Hofmann sprechen sollte, gesagt hat, darüber erhielt die Zuschrift des Bürgermeisters kein Wort, trotzdem, wie gesagt, seit dem Verbot mehr als vier Monate vergangen sind. Wie das zugeht, daß der Beschwerdeführer über diese Versammlung noch keinen Entschluß bekommen hat, bleibt um so mehr ein Rätsel, als der sächsische Minister des Innern seiner Zeit im Landtag mit vieler Würde erklärte: „Daz kein Beamter, vom ersten bis zum letzten, infallibel ist, das ist uns wohl allen bekannt. Wir sind Menschen, und so lange wir noch nicht weiter kommen in der Culm, in unserer geistigen Ausbildung, werden wir auch nie dazu gelangen, für unsere Verpflichtungen, auch im öffentlichen Leben, auch im amtlichen Leben, jeder für sich die amtliche Insuffizienz in Anspruch zu nehmen. Das thue ich für keinen meiner Beamten und das ist selbstverständlich und dazu haben wir eben die Gewissheit, daß in Fällen, wo ein Freiherr in der unteren Instanz vorkommt, die Möglichkeit geboten ist, in der weiteren Instanz zu helfen.“ Wie steht es nun mit der Anwendung dieser Maxime auf den Bürgermeister Spelt von Mittweida?

**Baden** ist sonst eine recht schone Gegend, aber offenbar durchaus nicht in politischer Beziehung, was wohl daher kommt, daß es das „liberale Musterländer“ ist. War da in Konstanz, wie unsere Leser wissen, der Socialdemokrat Krohn von der Polizei zu 5 Mark „Strafe“ verdonnert worden, weil er Sonntags Vormittags während des Hauptgottesdienstes Zeitungen ausgetragen und dadurch eine Handlung vorgenommen habe, die geeignet sei, an solchen Tagen öffentlich Vergnügen zu erregen. Krohn beantragte richterliche Entscheidung, in dem Glauben, daß in diesem Falle kein Gericht der heiligen Hermannadat helfschen werde. Über er hatte vergeßt, daß in demselben Konstanz einst Huß trotz der besten Gründe unter dem Beifall aller „Gutgesinnten“ der damaligen Zeit verbrannt worden ist. Das Schöffengericht verwarf nämlich Krohn's Berufung. Nun will er sehen, ob er beim Landgericht mehr Glück hat.

In Mecklenburg geht's in Bezug auf die Versammlungsverbieterei am allgeräumlichsten her. Dort bedarf's zu politischen Versammlungen der Genehmigung des Ministeriums, und diese gibt sie unseren Parteigenossen einfach nicht, entricht sind beim Betriebe des Ministeriums nur solche politische Versammlungen, die während der Reichstags-Wahlen abgehalten werden, wo bekanntlich das Reichs-Wahlgesetz hierin die bundesstaatlichen „Wahlbefugnisse“ einschränkt. Es begreift sich, daß unter diesen patriarchalischen Umständen Mecklenburg zu den „ruhigsten“ Districten Deutschlands gehört. Über diese Ruhe ist nur äußerlich. Im Innern des mecklenburgischen Volksstamms sind dieselben Kräfte lebendig, die überall in der Culturwelt nach Freiheit ringen; und nur naive Leute können daher glauben, daß die ministeriellen Verbote socialdemokratischer Versammlungen, wie deren eins wieder in Beziehung auf Neubukow vorliegt, wo Redakteur Groth aus Rostock einen Vortrag halten wollte, die Dauer des mecklenburgischen Junkerregiments auch nur um eine Stunde verlängern würden.

## Arbeiterbewegung.

**Der Weberstreit** bei Schulz u. Co. in St. Adelheid in Neuk ist beendet. Der Firmeninhaber hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt bis auf einen Artikel, über den sich beide Theile gütlich einigten.

**Die Schuhmacher in St. Gallen** beschlossen, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Stellung von Werkstätten und Lieferung der Zugehör durch den Unternehmer, 2. Bahnstundentag, 3. Abschaffung der Accorderbeit und Einführung des Zeitlohns.

**Aus Rastschul in Bulgarien** wird über den bereits gemeldeten Streit der graphischen Arbeiter noch geschrieben: Wer hätte jemals daran gedacht, daß weit hinten in der Türkei mit ihren widerstreitenden Völkerstammen sich Christen, Juden und Türken die Hände zum Bruderbund reichen würden, um gemeinsam den Kampf gegen ihre wirtschaftlichen Ausbeuter aufzunehmen! Wer vor zehn Jahren einen solchen Gedanken auch nur angedeutet hätte, er wäre einfach ausgelacht worden. Der hiesige allgemeine Buchdruckerstreit liefert den Beweis dafür, daß es auch im Orient anfängt, auf ökonomischen Gebiete leicht zu werden. Der Streit hat seine Ursache darin, daß in einer Buchdruckerei ein Arbeiter vom Chef ungerechtfertigterweise entlassen wurde. Darauf legten sämtlichen Arbeiter der betreffenden Buchdruckerei Rastschul beschlossen nun in einer Versammlung, mit Ausnahme der Lehrlinge u. i. ihr sämtliches Personal so lange nicht mehr arbeiten zu lassen, bis sich die Arbeiter der erst erwähnten Druckerei wieder unter den früheren Verhältnissen zur Arbeit einfinden würden. Demgegenüber vereinigten sich alle Seker, Lithographen und Maschinisten Rastschul zum allgemeinen Streit, verlangten achtstündige Arbeitszeit und für die Zeit ihrer durch die angebrochene Auspferzung erzwungenen Brotlösigkeit ihren Lohn; ferner verlangten sie 15 tägige Rundigung und im Krankheitsfalle vollen Lohn für 15 Tage. Die Unternehmer haben bis jetzt noch nicht nachgegeben, trotzdem von den früher hier erschienenen 4 Zeitungen seit dem Beginn des Streits keine einzige mehr herausgegeben werden konnte. Wie schon bekannt, beträgt die Zahl der Streikenden 56; die meisten sind verheirathet und ein Theil hat 5, 6 und 7 Kinder zu ernähren. Der Nationalität nach sind die Streikenden Deutjär, Österreicher, Türken, Serben, Bulgaren und Juden. Alle sind bereit, den Kampf gegen die Unternehmer bis auf das äußerste zu führen. Deutsche Genossen und Kollegen, nehmt Euch tüchtig streikenden Brüder in Rastschul an: sammelt für sie und ihr leistet der Partei einen großen Dienst. Helft aber recht bald, denn die Roth fängt an zu werden. Unterstützungs gelder sind zu senden an den Präsidenten des graphischen Fachvereins Martin Bojanoff in Rastschul in Bulgarien.



# Beilage zu Nr. 115 der „Volkswacht“.

Freitag, den 17. Mai 1895.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

94. Sitzung vom 16. Mai, 1 Uhr.

In dritter Lesung steht zunächst zur Debatte das Gesetz, betreffend Beistand bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen. In der Generaldiscussion bemerkt

Abg. Stadthagen (Soc.), zu einem solchen Reichsgesetze sei keine Nothwendigkeit vorhanden; die einzelnen Staaten könnten hier zweckmäßige Verträge untereinander schließen.

Damit schließt die Generaldiscussion. Das Gesetz wird darauf ohne besondere Specialdiscussion gemäß den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Das Gesetz betrifft die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwechsel abwärts wird gleichfalls in dritter Lesung ohne Debatte angenommen; ebenso die Novelle zum Gesetz über den Reichsinvalidendienst.

Es folgt die erste Lesung des zweiten Nachtragsgesetzes für 1895/96 betreffend die Verwaltung des Nordostseecanals, die Erhöhung der Naturalversorgung der Truppen des Heeres und der Marine u. c. in Verbindung mit dem Nachtrag zum Colonialat.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) hält die Positionen betr. die Verwaltung des Nordostseecanals für budgetmäßig außerordentlich und will diese Forderung zum mindesten an die Budgetcommission verweisen sehen, kostet aber anheim, den ganzen Nachtragsetz vorzubringen, um zu überweisen. Man wolle an die Spitze der Canalverwaltung einen Präsidenten stellen, der im Range des preußischen Eisenbahndirections-Präsidenten stehen und auch dessen Competenzen beziehen sollte, während er auch nicht annähernd einen ähnlichen Wirkungskreis haben werde. Außerdem würden aber Kategorien von Reichsbeamten neu geschaffen, zum Theil mit höheren Gehältern als in Preußen. Würde der Canal von Preußen verwaltet werden, so würden sich die Verwaltungskosten entschieden erheblich niedriger stellen.

Staatssekretär Dr. von Boetticher hat gegen die Verweisung an die Commission keinen Widerspruch zu erheben, so sehr ihm auch daran liege, über die Gestaltung der Verwaltung recht bald Sicherheit zu erlangen. Der Stat sei keineswegs zu opulent ausgestattet. Aus der Zeitschrift geht hervor, daß für jeden einzelnen Posten ein Analogon besteht. Das preußische Staatsministerium und der Bundesrat haben sich einstimmig dahin entschieden, daß der Canal vom Reich verwaltet werden solle. Ausschlaggebend war dafür vor allem, daß der Canal auch internationalen Zwecken dienen solle; da sei es doch empfehlenswert, daß das Reich selbst die Verwaltung übernehmen müsse. Daß Preußen die Verwaltung billiger führen werde, hat der Vortredner in feiner Weise begründet. Das Reich kann sich vor allem der Unterstützung der Marineverwaltung erfreuen. Neue Beamtenkategorien brauchen nicht geschaffen zu werden, sie existieren schon alle bei der Marineverwaltung. Daß der Präsident keinen genügenden Wirkungskreis haben werde, scheint der Vortredner aus einem Blick in die Zukunft entnommen zu haben. Die Regierungen könnten heute noch nichts bestimmt über die voraussichtliche Benutzung des Canals voraus sagen. Jedenfalls sei es nothwendig, eine nachverständige Person an die Spitze zu stellen; diese aber müssen wir doch angemessen besolden. Bei jeder anderen Beamtenkategorie haben wir die Gehälter ebenso normiert, wie bei der Marine. Bewillige also der Reichstag ruhig diese Forderungen; es werde ihm auch keine einzige der Erklärungen vorbehalten werden, die die Verwaltung mit dem Canal machen werde. Er nehme die Gelegenheit wahr, um den in den Zeitungen umlaufenden Gerüchten entgegenzuwirken, als ob der Canal zum 20. Juni nicht fertig werden würde als ob von Rutschungen eine Gefährdung zu befürchten sei. Der Canal werde bis zur Eröffnung in voller Tiefe und, bis auf eine kleine Strecke auch in voller Breite hergestellt sein. Rutschungen könnten allerdings vorkommen, zugegen gäbe es keine absolute Sicherung. Stürze der Felsen ein, so wären alle Spaziergänger tot. (Heiterkeit.) Die Rutschungen könnten aber das bevorstehende Fest nicht gestoppt, die Mitglieder des Hauses möchten sich also die Eröffnung auf den glücklichen Verlauf des Festes durch solche Zeitungsnachrichten nicht trüben lassen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) hält gleichfalls die Verweisung des Nachtragsgesetzes an die Budgetcommission für budgetmäßig, da es sich um eine ganz neu zu schaffende Organisation handle. In die Beratung der Forderungen würden seine Freunde mit strengster Sachlichkeit eintreten. Das Eine aber möchte er schon heute sagen, daß er es nicht angemessen halte, die Verwaltung des Canals etwa aus Versammlungsstürzungen aus der Hand des Reiches zu geben. Die Verwaltung durch einen Einzelstaat, und sei es auch durch den größten, würde dem föderativen Charakter des Reiches widersprechen. Aber auch die anderen Forderungen des beiden Nachtragsetzets schienen einer sorgfältigen Berücksichtigung in der Commission zu bedürfen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) erkennt das Bedürfnis für die Nachtragsetzets an, behält sich aber Namens seiner Freunde vor, jede einzelne Forderung einer genauen Prüfung zu unterziehen. Vor allem werde es nothwendig sein, Auskunft über die Grundsätze zu erlangen, nach denen der Nordostseecanal verwaltet werden solle, über die Betriebsseinrichtungen, über die Höhe der Gebühren u. s. w. Es werde ferner zu prüfen sein, ob die Organisation der Canaleinheiten nicht doch in zu weitem Rahmen gedacht sei. Die Canalverwaltung sei zweifellos ungleich einfacher als einer Eisenbahn; ein preußischer Oberregierungsrath würde sicher dazu befähigt sein, und er glaube mit dem Grafen Limburg, daß die Verwaltung durch Preußen sich billiger stellen würde. Biselbst könnte es sich auch

empfehlen, Kaufmännische Kräfte zur Verwaltung des Canals heranzuziehen. Würden heute die Vorschläge der Regierung ohne eingehende Prüfung genehmigt, so würde es später sehr schwer sein, an der Organisation etwas zu ändern.

Abg. Richter (freis. Volksp.) steht in der Anregung, die Verwaltung Preußen zu übertragen, mit dem Abg. Lieber die Gefahr, daß die Einzellandtage nur einen neuen Anlaß haben möchten, sich in die Reichsangelegenheiten zu mischen. Dieses Bestreben sei man wieder deutlich an dem im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrochenen Währungsantrag und dieser trage noch dazu die gewichtige Unterschrift des Abg. Dr. Lieber. (Heiterkeit.) Bei dem Nachtragsetz habe er vor allem die verspätete Einbringung zu bemängeln. Die Höhe der Forderungen habe sich doch vorzeitig genug übersehen lassen, um dieselben noch in den Etat aufzunehmen zu können. Der Reichstag habe sich bemüht, bei der Staatsberatung die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben möglichst zu verringern; nun werde dieselbe durch diese Nachtragsetzungen wieder erheblich vergrößert. Es sei allerdings zu hoffen, daß die Steigerung durch vermehrte Einnahmen wieder ausgeglichen werde. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, die Regierung wolle durch die späte Einbringung Stimmung für das Automatengesetz machen; aber auch unter der Geltung eines solchen würden Nachtragsetzets nur durch die Erhöhung der Matrikular-Beiträge gedeckt werden können.

Abg. Graf Limburg-Stirum erwidert, wenn in den Landtagen Reichsangelegenheiten erörtert würden, so sei das ganz berechtigt, denn die Landtage hätten ein Recht zu wissen, wie sich die Bundesregierung im Bundesrat zu gewissen Fragen stellt. Wenn der Reichstag durch künstliche Abtrünnige die Spannung zwischen Ausgaben und Einnahmen verringert habe, so sei das doch nur geschehen, um einen Vorwand zur Ablehnung der Tabakfabrikatsteuer zu haben. Das sei ja erreicht. Am richtigen scheine es mir, für die Canalverwaltung nur ein Pauschquantum zu bewilligen.

Abg. Dr. Lieber hält es für durchaus berechtigt, daß die Einzellandtage Reichsangelegenheiten vor ihr Forum zögen; er habe das immer anerkannt und gefordert. Seine Unterschrift unter dem Währungsantrag im preußischen Abgeordnetenhaus habe nichts weiter zu bedeuten, als daß er den Antrag unterstützt habe, um ihn überhaupt möglich zu machen. Im Übrigen wisse Abg. Richter, daß dies nur ein Act der Höflichkeit sei.

Staatssekretär Dr. v. Boetticher entgegnet dem Grafen Limburg, die Idee, ein Pauschquantum zu fordern, sei von der Regierung erwogen, aber es sei ihr nicht Folge gegeben worden, einmal weil es unbillig wäre, die Beamten noch länger nur commissarisch zu beschäftigen, und dann weil die Regierung es nicht zu einschneidenden Änderungen möchte kommen lassen, wenn es demnächst zur definitiven Organisation der Verwaltung komme.

Abg. Richter bestreitet nicht, daß die Landtage das Recht hätten, über Reichsangelegenheiten zu sprechen. Bezuglich der Währungsfrage stehe aber die Sache anders, da der Reichstag in dieser Sache erst kürzlich selbst einen ablehnenden Beschluß gesetzt habe.

Damit schließt die Discussion. Die beiden Nachtragsetzets werden der Budget-Commission überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Zuckerteuergesetzes. Nach demselben sollen die nach dem jetzt geltenden Zuckerteuergesetzes üblichen Ausführungsprämiensätze bis zum 31. Juli beibehalten werden.

In Verbindung damit soll berathen werden der vom Abg. Dr. Paasche (natl.) eingebrachte Antrag auf Abänderung des Zuckerteuergesetzes durch Einführung einer besonderen Betriebsabgabe und einer erhöhten Ausfuhrprämie.

Abg. Dr. Paasche beantragt, seinen Antrag heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Meyer (freis. Volksp.) beantragt, auch die Regierungsvorlage abzusetzen. Wenn der Mantel falle, müsse auch der Herzog nach. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lieber und Dr. v. Freyge bitten, beide Gegenstände in erster Lesung zusammen zu berathen und es daher bei der Tagesordnung zu belassen.

Abg. Dr. Paasche zieht darauf seinen Antrag auf Absetzung seines Zuckerteuergesetzes zurück.

Der Antrag Meyer auf Absetzung der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Sinner (soc.) beantragt nun mehr die Beratung und bezweifelt die Geschlossenfähigkeit des Hauses.

Der dadurch nothwendig werdende Nameaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 169 Mitgliedern, das Haus ist also nicht geschlossenfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Budgetsteuer-Notgesetz; Petitionen. Schluß 3½ Uhr.)

Geiste schien auch gestern die Stadtväter bestellt zu sein, die sich ausnahmslos im Princip mit dem Vor- schlag des Magistrats einverstanden erklärt. Auch sie, die wie der Magistrat lange Zeit recht achthlos die gegenwärtig angeregte Frage behandelt, haben nun auf einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt und begrüßen jetzt das vorliegende Project „mit Freuden“. Die maßgebenden Kreise sind also für die Arbeiterschutz- und Wartehallen gewonnen.

Es handelt sich nun mehr darum, daß insbesondere die Stadtväter es bei der ersten freudigen Erregung nicht bewenden lassen, sondern auch wirklich etwas schaffen, dem die arbeitende Bevölkerung in allen Theilen zustimmen kann. — Was die ziemlich lebhafte Debatte anlegt, welchen die Magistratsvorlage hervorrief, so wurde u. a. die Wahl des Platzes bemängelt und Stadtverordneter Rieger trat dafür ein, daß die Halle auf den Striegauer Platz verlegt werde, weil die Umgebung desselben besonders fabrik- und volkreich sei. Wir meinen, dieser Streit wird vollständig gegenstandlos, wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeiterschutz- und Wartehalle, die zunächst erbaut werden soll, sich in ihrem Umfang als äußerst bescheiden darstellt, denn sie wird höchstens 30 bis 40 Personen fassen. Eine Halle in dieser Größe ist nach unserer Ansicht sowohl auf dem Wachtplatz wie auf dem Striegauer Platz nicht nur bringend nothwendig, sondern jeder Kenner der Verhältnisse wird auch zugeben, daß sie gar nicht dem vorhandenen Bedürfnis entsprechen. Nicht Hallen, die höchstens 30 bis 40 Personen fassen; nein, solche, in denen mindestens 100 Personen sich aufhalten können, müssen auf beiden Plätzen stehen. Und Magistrat- und Stadtverordneten-Versammlung sollten, wenn es ihnen wirklich Ernst ist um die Beseitigung eines großen Uebelstandes, die Frage recht eingehend erwägen, ob nicht der Anfang zur Ausführung der guten Idee etwas gar zu kleinlich ausfällt und daß damit auch die Beseitigung eines allgemein anerkannten Uebelstandes nicht bewirkt wird.

\* Zur Einziehung der Steuern in Breslau. Die Stadthaupfkasse nimmt immer noch keine Steuern entgegen, obwohl der für die Voraus-Entlastung der Steuerquittungen festgesetzte Schlußtermin (der fünfzehnte des zweiten Monats im Quartal) bereits hinter uns liegt. Die Ursache dieser Verzögerung ist bekannt; die ministerielle Genehmigung des Communalsteuer-Zuschlages steht noch immer aus. Vor der ersten Woche des nächsten Monats dürfte, wie man der „Bresl. M.-Ztg.“ mittheilt, mit der Erhebung der Steuern nicht begonnen werden.

\* Die Breslauer Unfall-Schiedsgerichte, 17 an der Zahl, hatten bisher viele verschiedene Locale für die öffentlichen Verhandlungen, zerstreut in allen Stadttheilen. Der größte Theil der Schiedsgerichte wurde im neuen Regierungsbau abgehalten. Nunmehr wird angestrebt, für die verschiedenen Berufe ein gemeinschaftliches Local zu schaffen. Es wird dies das bisher schon für einzelne Berufsgenossenschaften benutzte Verhandlungszimmer am Nicolaistadtgraben 25 sein. Es sind jetzt nur noch folgende Berufsgenossenschaften, welche in anderweitigem Vocalen ihre Sitzungen abhalten: Buchdrucker-, Schornsteinfeger-, Landwirtschaft-, Eisbau-, Steinbruch- und Fuhrwerk-Berufsgenossenschaft.

\* Brückenbauten. Wie früher bereits mittheilt, beabsichtigt der Magistrat von Breslau den Neubau sowohl der Pfaff- wie der Gröschelbrücke, also der obersten und der untersten Brücke über die Alte Oder. Wie die „Schles. Ztg.“ neuerdings vermitteilt, dürfte der Neubau der Pfaffbrücke rund 500,000 Mark, derjenige der Gröschelbrücke rund 1,500,000 Mark Kosten verursachen.

\* Das Fahrrad ist nach einer neueren Entscheidung des Kammergerichts als Fuhrwerk zu betrachten und jeder Fußgänger hätte dem Fahrrad deshalb auszuweichen. Demgegenüber wird auf eine Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien vom 25. März 1891 aufmerksam gemacht, welche die öffentliche Benutzung der Fahrräder in unserer Provinz zum Gegenstande hat; in § 4 der gedachten Verordnung heißt es nun wörtlich: „Entgegenkommen oder eingeholt Fahrräder, Reitern und Fußgängern haben die Radfahre möglich. Seit und mit ihrerlich ermächtigter Fahrgeschwindigkeit auszuweichen.“ Diese Polizeiverordnung ist nicht in Einsang zu bringen mit der vorerwähnten Kammergerichts-Entscheidung. Es wäre sehr nothwendig, wenn hierin die nötige Klarheit geschaffen würde.

## Socales.

Breslau, den 17. Mai 1895.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. In der gestrigen verhältnismäßig kurzen Sitzung nahmen unsere Stadtväter auch Stellung zu dem von uns bereits besprochenen Antrage des Magistrats auf Errichtung einer Arbeiterschutz- und Wartehalle auf dem Wachtplatz, welche dem Arbeiter Schutz vor den Unbillen der Witterung gewähren soll und die es ihm ermöglicht, dort sein Mittagessen einzunehmen zu können. Der Magistrat gesteht offen ein, daß auf diesem Gebiete große Uebelstände vorliegen, auf deren Beseitigung hingearbeitet werden kann. Von demselben

\* Das Betreten der Wiesen durch Spaziergänger hat in letzter Zeit so überhand genommen, daß es angebracht erscheint, darauf aufmerksam zu machen, daß nach Artikel 9 § 368 des Reichsstrafgesetzes das Betreten derselben verboten ist, da durch das Nichttreten des Grases den Besitzern ein nicht unbedeutlicher Schaden entsteht. — Auf den Wiesen bei Morgenau werden außerdem noch die frisch eingesäten Böschungen vollständig ruinirt.

\* Die städtischen Bade-Anstalten für Frauen und Mädchen am Gneisenauplatz und am Ohle-Laufstege sind fertig aufgestellt, so daß dieselben dem Verkehr übergeben werden können.

\* Endesstatistik. Im Polizei-Asyl für Obdachlose waren im März untergebracht: 2429 Männer, 268 Weiber und 12 Kinder, zusammen 2709 Personen oder durchschnittlich täglich 89. Sieht man in Betracht, daß während der gleichen Zeit im Asyl für Obdachlose auf der Höchststraße Unterkommen gefunden haben: 129 Männer, 380 Frauen und 110 Kinder, zusammen 619 Personen oder durchschnittlich 20 täglich, so waren im März überhaupt obdachlos 3328 oder durchschnittlich 109 pro Tag.

\* Polizeigeschäft. Der Bestand an Inhaftierten betrug Anfang März: 73 Männer, 11 Weiber, zusammen 84. Im Laufe des Monats kamen hinzu: 1516 Männer, 342 Weiber; dagegen wurden entlassen: 1499 Männer, 337 Weiber, so daß Ende März in Haft verblieben: 90 Männer, 16 Weiber, zusammen 106 Personen.

\* Die städtischen höheren und mittleren Mädchenschulen werden gegenwärtig von 1827 Schülerinnen besucht, von denen 1800 einheimische und 27 auswärtige sind. Der Religion nach sind 1107 evangelisch, 224 römisch-katholisch, 6 altkatholisch, 488 jüdisch und 2 Baptisten.

\* Die Sprengungsarbeiten der alten Festungsmauern an der Liedbichshöhe haben gestern Morgen um 3 Uhr begonnen; Abends wurden die Vorbereitungen zu weiteren Sprengungen getroffen. — Oberhalb des Tertiins der Festungsmauern wird eine große Verdunstungskasten angelegt werden, die ihren Eingang von der Promenade erhalten soll.

\* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 5. Mai bis 11. Mai 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 75 Einschließungen statt. In der Woche wurden 233 Kinder geboren, davon waren 129 männlich, 44 weiblich, 223 lebendgeboren, (108 männlich, 115 weiblich), 10 todgeboren, (8 männlich, 2 weiblich). Die Anzahl der Geforbenen (erl. Todgeborene) betrug 183 (101 männlich, 82 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Formularen gemeldeten. Von den Geforbenen waren im Alter von 0 bis 1 Jahr 61 (davon 26 weiblich) Geborene 1 bis 5 Jahren 18, von 5 bis 10 Jahren 5, von 10 bis 15 Jahren 3, von 15 bis 20 Jahren 4, von 20 bis 25 Jahren 4, von 25 bis 30 Jahren 9, von 30 bis 40 Jahren 15, von 40 bis 50 Jahren 10, von 50 bis 60 Jahren 13, von 60 bis 70 Jahren 16, von 70 bis 80 Jahren 20, über 80 Jahre 5. — Es starben an Scherlach —, an Malaria und Röthen —, an Rose —, an Diphtheritis und Croup 3, an Pockenbeißer 1, an Lepra 1, an Unterleibstypus —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Raut —, an Brechbürschik 4\*, an Magen- und Darmentzündung bei Kindern bis 5 Jahren 22, an anderen akuten Darmentzündungen 1, an anderen Infektionskrankheiten —, an Krebs 7, an Schenkelhals 3, an Brümen 7, an anderen Krankheiten des Gehirns 10, an Lungentuberkulose 26, an Lungens und Luftröhren-Entzündung 21, an anderen akuten Krankheiten der Atmungs-Organen 3, an anderen Krankheiten der Atmungs-Organen 3, an Leberschwäche und Krämpfe des Kindes 13, an allen übrigen Krankheiten 44, in Folge von Brandverletzung 3, in Folge von Selbstmord 1, Unbekannt 5, Zusturz 1. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswoche: Gefahrlos überhaupt 26,01, im ersten Gesetzesjahr 26,67, an Lungentuberkulose 3,71.

\* Polizeiglich gemeldete Infektionskrankheiten in der Woche vom 5. Mai bis 11. Mai wurden 56 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar schieden an aus: Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 14, an Lungenentzündung 2, an Blattbeißer —, an Scherlach 16, an Raut 52, an Röthe —, an endem. Schistose — an Pockenbeißer 2.

\* Müller-Gesammlung. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 19. d. M., Nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Büllerversammlung bestimmt ist. Auf der Zusammensetzung steht: „Die Sonnabendrede und eine Beprächung über das geplante städtische Arbeiterwohlfahrtsbüro“. Collegium und Bürgerschaften erachten sich gänzlich und zahlreich in der Versammlung.

\* Die Abschiedsvorstellung des Circus Regia am 15. d. M. gestaltete sich zu einer großen Docation für den Director J. Kanz. Beim Antritt deselben erklang wiederholt die Melodie: „Weberzumme!“ Dasselbe wiederholte sich nach Schluß der Vorstellung. Die Gayelle summte die Melodie an: „Ring i dem zum Stadte kommt“, während auf der oberen Tribüne des hinteren Bühlertors ein Kriegerstandbild mit

poetischem Abschiedsgruß emporstieg. Um 12 Nachts versammelte sich das gesammte Personal des Circus zur Abreise in den Wartesaal des Niederschlesischen Märkischen Bahnhofs. Die Zahl der erwachsenen mitfahrenden Personen betrug 254 und diejenige der reisenden Kinder 22. Außerdem hatte sich trotz der späten Stunde und des stromenden Regens eine große Menschenmenge zur Verabschiedung eingefunden. Um  $\frac{3}{4}$  1 Uhr erklang der schrille Ruf der Signalpfeife zum Zeichen der Abfahrt, und das Dampfross entführte das lustige Künstlervolk nach dem neuen Schauspiel seiner Thätigkeit.

\* Sommer-Theater bei Liebich. Heute, Freitag, verabschiedet sich Krl. Jenny Broch vom Breslauer Publikum in der Titelrolle der Dellinger'schen Operette „Die Chansonnette“. Morgen, Sonnabend, gelangt die beliebte Operette „Der Vogelhändler“ zur Darstellung.

\* Concordia-Theater. Heute Freitag findet das zweite Garten-Frei-Concert statt, zu welchem Herr Kapellmeister Baumgarten ein ganz besonders interessantes Programm ausgelegt hat.

\* Budapests Posen-Theater. Außer dem Lustspiel „Die Welt geht unter“, folgen einer Holz'schen Prognose, von Donat Herrenfeld, gelangt heute der Einacter „Die Räuber“ zur Aufführung.

\* Um 2000 Mark geprellt. Auf einer Annonce in einer hiesigen Zeitung, auf Grund welcher für eine der ältesten Lebensversicherungs-Gesellschaften ein Kassenbote gesucht wurde, meldete sich, wie berichtet wird, am 15. d. M., auch der Schuhmachermeister H. vom Gneisenauplatz bei dem angeblichen Subdirector der Lebensversicherungs-Aktion-Gesellschaft „Union“, Erich Meißner, Gräßleinerstraße 75. Er erhielt die Zusicherung der Stelle mit dem Vermerken, es müsse eine Garantie von 2000 Mark gestellt werden. Der Meißner legte einen Hypothekenbrief über 2000 Mark vor, der jedoch zurückgewiesen wurde, da die Garantie nur in Geld oder Staatspapieren angenommen werde. H. fuhr alsbald nach Olomouc, wo er sich das Geld im Vorschußvereinlich und es dem Herrn „Subdirector“ übertrug, der ihm Quittung leistete. H. erhielt dann vier Quittungen der „Union“ Lebensversicherungs-Aktion-Gesellschaft mit dem Vermerken, die Beiträge einzuzahlen und das Geld am nächsten Morgen abzuliefern. H. wollte die Anträge noch am 15. d. M. erledigen, konnte aber die Adressaten nicht finden, weshalb er Verdacht schöppte und zu dem Subdirector zurückkehrte. Hier wachte ihm dessen Witwe die Muthlosigkeit, daß M. noch am 15. d. M. Abends abgereist sei und seine sommertlichen Güter mitgenommen habe. H. scheint somit einen Beiträger in die Höhe gezaufen zu sein. Meißner hat kindliches Gesicht, dunkles Haar und trug bei seinem Abgang hellen Sonnenhut und hellen Reitervest. Der Schuhmachermeister leistete auf Verhältnisfrage seines Gelbes 100 Mark Belehrung etc.

\* Zwei Leichen gelandet. Am Abend des 13. d. M. entfernte sich die 25 Jahre alte Martha Wierbelz aus der Wohnung ihrer Mutter, Schönemannstr. 6, und nahm ihr 1½ Jahre altes Kind mit. Als sie nicht mehr zurückkehrte, sprach die Mutter alsbald die Befürchtung aus, daß sich ihre Tochter das Leben genommen habe. Diese Befürchtung war begründet. Henri Reckwitz wurde an der Oberfläche des Waldbades ein weißlicher Leichnam bemerkt. Man zog die Leiche aus Wasser und fand es ihr mit einem Seile die Leine eines Kindes hängt. Das häbische und ungewöhnlich früh entwickelte Kind trug kein Kleid. Die Enthüllung war des armen ermordeten Kindes. Die Leichen wurden der Anatomie zugeführt.

\* Vermißt. Am 14. d. M., hat sich der dreijährige Sohn alte Schulmeister Gustav Glasmann aus der Schule in der Peterstorstraße entfernt und ist weiter fortgegangen, noch in die Wohnung seiner Pflegemutter, Wallstraße Nr. 44e zurückgekehrt. Der selbe ist klein, schwächtlich und trägt grauen Anzug und Klopapronen. — Der frühere Polizei-Sekretär August Glasmann hat sich am 14. d. M. aus seiner Wohnung auf der Rothenbaderstraße 11a entfernt und wird seit dieser Zeit vermisst.

\* Engländerfälle. Am 14. d. M., Samstagvormittag, erschien ein Engländer-Soldat auf der Friedrich-Wilhelmsstraße in seiner Wohnung eine Entfernung von zwölf Fuß dabei zehn Jahre alte Kinder aus dem roten Stein und auf dem Kopf ein hellgrünes Hemd welche den Besitzer nicht kannte. — Der Soldat sah aus wie ein kleiner Soldat mit breiter Brust und breiter Schulter. — Bei einem kleinen Kind trug er einen weißen Rock und eine weiße Hose. —

geschlossene Fällthür und trug Verletzungen des Rückens und Erschütterungen am ganzen Körper davon.

\* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizei-Gefängnis wurden am 15. d. M. 55 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: Eine jungenlederne Handtasche, in der sich ein Perlensortemonnaie mit 60 — 100 Mark Inhalt, eine kleine Schachtel mit Schmucksachen und verschiedene andere befand; eine Korallenkette, drei Portemonnaies mit 20, 22 und 50 Mark Inhalt, eine Granatbroche, ein Trauring, gez. M. G. 11. 6. 84. — Gefunden wurden: Eine Brille, ein Spazierstock, ein schwarzer Sonnenschirm, eine Strimmermütze und ein Damenhut.

## Schlesien.

\* Gocau, 15. Mai. Brandstiftung. In der Nacht vom Sonntag zum Montag, zwischen 2 und 3 Uhr, entstand, der „Locom. a. d. Oder“ zufolge, hier selbst im Ohmann'schen Gasthouse auf dem Boden des Wohnhauses Feuer, das schließlich den ganzen Dachstuhl ergriff und einen derartigen Umsang annahm, daß sich die Bewohner nur mit Gefahr des Lebens retten konnten. Es wird Brandstiftung vermutet. Als der That dringend verdächtig wurde ein Arbeiter Karl Jänsch aus Trebnitz festgenommen.

\* Groß-Wartenberg, 15. Mai. Waldbrand. Am vorigen Sonnabend Abend entstand in dem am Weg von Ober-Stradam nach Groß-Woitsdorf gelegenen Walde ein Brand, der, bevor Löschhilfe an der Brandstelle erschien, vier Morgen Wald vernichtet.

\* Glogau, 15. Mai. Ein Deserteur wurde gestern Abend gefesselt durch einen Gendarm hier eingebrochen und dem 58. Infanterie-Regiment abgeliefert. Der Fahnenflüchtige, Namens Staroszinski, welcher im ersten Jahre und zwölf bei der 7. Compagnie des bezeichneten Regiments diente, war seit dem 3. April d. J. von seinem Truppentheile entwichen und hat sich seit dieser Zeit ausschließlich in hiesiger Gegend aufgehalten.

\* Mailhor, 15. Mai. Einsturz eines Bauwerks. Der an der Oberwallstraße gelegene Geißler'sche Bau stürzte gestern um 3 Uhr 30 Minuten mit donnerähnlichem Getöse bis zum ersten Stockwerk zusammen. Es wurde Niemand verletzt.

\* Benthein OG, 15. Mai. Ein fecher Mann anfall ist hier selbst verübt worden. Als der Schlosser Sphyr aus Rossberg Nachts von der Bahn nach Hause ging, wurde er in der Nähe des Gymnasiums von d. J. Strohen überfallen, welche ihn über die Goßstraße auf das Feld bei der Heinrichgrube schleppten. Bei dem leichten Hilferuf wurde ihm mit Schleichen gedroht. Es wurde ihm die Uhr entzogen; die Stiefel und Hosen wurden ihm ausgezogen. Eine Baarschaft von über 50 Mark fiel den Räubern in die Hände.

## Gerichtliches.

\* Preß-Prozeß. Wie wir in der gestrigen Nummer kurz berichtet, hatte sich Genosse Emil Neufeldt als verantwortlicher Redacteur der „Volkswacht“ gestern wegen Majestätsbeleidigung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu verantworten. Diese Beleidigung hatte die Breslauer Staatsanwaltschaft darin gefunden, daß die „Volkswacht“ in einem mit „Wie man Socialisten verurtheilt“ überschriebenen Beitrag vom 21. März d. J. den incriminierten Passus wiederholte, durch den der Weber Pawera sich vom Landgericht in Zwickau in Sachsen eine Strafe wegen Majestätsbeleidigung zugezogen hatte. Die „Volkswacht“ wollte zeigen, daß nach solchen Wirkungen eine Verschärfung der Strafgesetze durchaus nicht erforderlich sei, denn jene von Pawera gebrauchten Worte indoliviren durchaus keine Beleidigung. Den Vorfall im Termine hatte Landgerichtsdirектор Langner. Als Vertheidiger fungierte Rechtsanwalt Ulrich. Der Gerichtshof nahm zwar eine Majestätsbeleidigung als vorliegend an, erinnerte aber nur auf das niedrigste Strafnach von 2 Monaten an, wie der Vorsitzende ausführte, die Beleidigung nicht in doloser Absicht geschahen sei.

\* Partie Strafe. Militärbezirks-Gericht Würzburg. Zwei Jahre Gefängnis wegen thätilichen Vergehens an einem Vorgetriebenen erhielt der Gemeine des 19. Infanterie-Regiments in Erlangen, Joh. Mehl, led. Müller von Hochstädt, B. A. Reischlitz a. A., welcher am 12. März d. J. sich an einem Tische der Hertleinischen Wirthschaft mit dem Unteroffizier Müller befindend, diesen höhnisch „Grüß Gott, Mütter!“ ansprach, beim Befehle des sich diese Vertraulichkeit verdrittenen Unteroffiziers, nach Hause zu gehen, keine Folge leistete und ihm schließlich einen Stoß auf die Brust und einen Schlag auf den linken Arm versteigte.

\* Wie die Gemeinen mit dem Eide umgehen. Illustrierte eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in Elbing, die in diesen Tagen beendet wurde. Eine ganze Reihe hochangeschobener Bürger hatte sich wegen Meinungsverschiedenheit wegen Verleitung zum Meineid in der westpreußischen Stadt Elbing die katholischen Kirchenwahlen statt, zu denen die fanatischen Gläubigen deutscher und polnischer Nationalität je zwei Kandidaten aufgestellt hatten. Die letztere Partei siegte in erbittertem Kampfe und siegte ihren Triumph bei Bier und Brot in fröhlichem Gelage. Da ergingte die unterlegene Partei und suchte die Gültigkeit der Meinung während man von der anderen Seite mit der Beleidigung antrat: Die Wählerliste sei gefälscht. In dem daraus folgenden Beleidigungssprozeß, den der Kirchenrat am gegen seine Biederacher entrichtete, haben sich eine Anzahl Freunde gefunden, die fahrlässig Meinungsverschiedenheit der Gemeinde der Beleidigung entgegenstellten, bloß um die Mandate der Kirchenratsmitglieder zu retten. Einzelheit der Zeugen wurde sofort verhext; die übrigen wurden freier gefangen eingezogen. — Auch mehrjährige Verhandlungen, die der moralischen Qualifikation beider Interessenten des beweisbar ungünstige Zeugnis ausstießen, führte der Gerichtshof folgendes Urteil: Der Hausbesitzer Johann Wroblewski wurde wegen willkürlichen Meineds in 200 Gulden zu 4 % jähr. Bußgeld. Der Richter Carl Gold

\* Dabei 1 Jahr 11 Tage und 1 Jahr 22 Tage alt.

Zuchthaus, der Hausbesitzer Franz Sombrowski wegen fahrlässigen Meineids in zwei Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, der Rentier Peter Szufowski wegen wissentlichen Meineids in einem Falle zu 2 Jahren Zuchthaus, Sattlermeister Rudolf Thiel wegen fahrlässigen Meineids zu 6 Monaten Gefängnis, Fleischermeister Andreas Stogelski wegen wissentlichen Meineids in einem Falle zu 2 Jahren Zuchthaus, Schuhmachermeister Rudolf Schidor wegen wissentlichen Meineids in einem Falle zu 1½ Jahren Zuchthaus und der Ackerbürger August Krause wegen Verleitung zum Meineid in mehreren Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

## Technik und Wissenschaft.

Über die Katakomben von Paris sprach jüngst Ballot im Verein der Freunde Pariser Denkmäler. Schon vor den Römern haben die Gallier in Paris unterirdisch Steine gegraben, was überhaupt bis 1813 dauerte. Erst 1860 hörte der Betrieb der Steinbrüche in den damals eingemeindeten Vorstädten auf. Der Park der Buttes Chaumont besteht aus alten Steinblöcken, ebenso der Park Montsouris. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts kümmerten sich die Behörden gar nicht um die unterirdischen Steinbrüche, die denn auch eine Fassungsstätte für Viehe und sonstiges geworden waren. Diese gruben Schächte und Treppen zu Häusern, die sie in- und außerhalb der Stadt besaßen. Als 1777 zahlreiche Verschüttungen in den schlecht angelegten Gängen und Stollen der Steinbrüche stattfanden, schritt die Behörde ein und verwandte jährlich 400,000 Francs zu ihrer Sicherung. Gegenwärtig erfordern diese Arbeiten noch 140,000 Francs jährlich. Besonders über den Park Montsouris werden jetzt viele Stellen durch Mauern und Pfeiler gestützt. Wegen der Verschüttungen wurde schon 1777 ein Plan aufgestellt und ein ganzes Netz von Stollen eingetrieben, im Ganzen 300 Kilometer lang, um die einzelnen Brüche unter einander zu verbinden. Etwa 120 Kilometer davon liegen unter strohigen und städtischen oder staatlichen Grundstücken, namentlich: das Sammelbecken der Banne, das ein ungeheures Gewicht darstellt; die pharmaceutische Schule, welche die Katakomben bei chemischen Versuchen benutzt; die Salpetrière (Kranken- u. l. w. Anstalt) und Pal de grâce (Bazareth mit großer Kuppelkirche). Ende des vorigen Jahrhunderts verirrte sich der Hauswart dieser Anstalt in den Katakomben und verhungerte; seine Gebeine wurden etwa zehn Jahre später gefunden. Die Sternwarte ist ebenfalls über Katakomben erbaut, die ein eigenes Regenbilden und wegen ihrer tiefen Lage (dreißig Meter) ohne Verbindung mit den anderen sind. Hier dienten die Katakomben zu physikalischen Beobachtungen. In der großen Bahnhofschule gewährte man eines Tages, daß der Maschinensaal sich über einem Loch der Katakomben befand. Es wurden sofort die tödlichen Ausmauerungen vorgenommen. Bierzahn Bierbrauer bedienen sich der Katakomben als Keller. An einer anderen Stelle ist ein großes Champignonfeld darin angelegt. Den Namen Katakomben haben die unterirdischen Steinbrüche auch erst Ende des vorigen Jahrhunderts erhalten als die Gebeine aus fünfzig innerhalb Paris befindlichen Kirchhöfen dort aufgeschartt wurden. Damit ist seither fortgeschritten worden, so daß jetzt das unter dem Place Denfert-Rochereau liegende Stellennetz ganz mit Gebeinen gefüllt ist, und nun diese in dem Netz unter den Kirchhof Monparnasse aufgeschichtet werden. In der Mitte des Stollens ist ein Gang frei, auf beiden Seiten bilden die Gebeine Mauern. Doch dürfte nur noch wenig Zuwachs erfolgen, da damit begonnen wurde, die auf den Pariser Kirchhöfen ausgegrabenen Gebeine zu verbrennen.

## Vermisstes.

Ein eigenhümliche Krankheitserhebung, die oft Wochenlang anhaltende Lähmung des Daumens bei Pferdebahnkutscher, ist kürzlich von dem Oberarzt des allgemeinen Wiener Krankenhauses zur Sprache gebracht worden. Sonderbar ist der Umstand, daß diese Lähmungen vorzugsweise bei solchen Kutschern auftreten, die asphaltierte Straßenstrecken befahren! Man hat daraus den Schluss gezogen, daß die Krankheit in der Überanstrengung der Hand liegt, weil der Kutscher auf asphaltierten Straßen mit besonderem Kraftaufwand durch Straßthalten der Zügel die Pferde vor dem Fallen bewahren muß. Wenn man seitens der reichen Pferdebahngeellschaften nur etwas mehr Menschlichkeit walten lassen und die armen Angestellten nicht so rücksichtslos ausbeuten wollte, würde von dieser "eigenhümlichen" Krankheit gewiß nichts zu spüren sein.

Verzweifelt ist die Lage und Stimmung der von dem schrecklichen Erdbeben heimgesuchten Stadt Laibach. Von 1350 Häusern sind nicht 50 unbeschädigt geblieben. 10,000 Einwohner haben die Stadt verlassen, 15,000 müssen andere Wohnungen nehmen, nur 5000 konnten in ihren Wohnungen bleiben. Die armen Leute richten ihre ganze Hoffnung auf den Kaiser von Österreich, von dem sie Hilfe erwarten. In der sozialistischen Gesellschaft würden die Folgen eines solitären Naturereignisses auf der Stelle aus Mitteln der Allgemeinheit abgedeckt werden, so daß Niemand darunter zu leiden gehabt hätte.

**Maisäserplage.** Wie aus der Provinz Sachsen berichtet wird, sind an eine Maisäfer in Tagen bis zum 9. Mai Maisäfer in einer Gewichtsmenge von nicht weniger denn 42 Centner und 30 Pfund zur Einstampfung zu Compost abgeliefert worden. Wenn man schätzungsweise 543 Stück auf ein Pfund rechnet, so repräsentiert jene Menge eine Zahl von rund 2 300 000 Maisäfer!

**Der schreckliche Dammbruch** des Canalreservoirs von Bouzey ist, wie in der „Allg. Ztg.“ ausgeführt wird, der dritte Fall einer derartigen großen Katastrophe seit einem Menschenalter. Die Fabrikstadt Bradford in England ist es gewesen, welche die Schrecken des Einbruches einer großen Stauanlage zum ersten Male auslösten mußte. Als im Beginn der sechziger Jahre eine neue Wasserleitung für Chefield angelegt werden sollte, fiel die Wahl auf einen Bach in den Bergen von Yorkshire, dessen Wassermenge, wenn man sie überhalb Bradford staute, reichlich dem geforderten Zweck entsprach. In einer natürlichen Enge des Tales wurde ein 300 Meter langer Damm ausgeführt, um hinter sich das schwelende Gewässer festzuhalten, zu stauen und einen anscheinlichen See zu bilden, dessen Inhalt auf 3 bis 4 Millionen Kubikmeter geschätzt wurde. Der Damm wurde nur 12 Meter dick angelegt. Das hätte vielleicht ausgereicht, wenn er er halb so lang als in Wirklichkeit und wenn er von Quadernsteinen gewesen wäre, aber bei dieser großen Ausdehnung (gegen 1000 Fuß) von Lehmbrocken und Erde aufgeschüttet und dann gefüllt, mußte er brechen und brach denn auch, und zwar bereits während der ersten Füllung des Bassins. Es war am Abend des 11. März 1864: der gestauten Bach hatte seit Wochen keine Wasser hinter dem Lehmbrockwerk aufzuhören und es fehlten nur noch 2 Meter an der gewünschten Füllung. Beim Einbruch der Nacht entstand der erste Riß, durch den das Wasser austrat. Nun wurden die Schleusen gezogen, um das Niveau zu erniedrigen, Kanonen donnerten die nahende Gefahr in das Thal hinab, und mit Haken und Schaufel stürzte, wer davon erfuhr, an den Damm. Über zu spät. Der Riß klaffte bald als breite Spalte, die geringen Wogen spielten mit der Erde und rasten plötzlich durch eine Luke von 300 Fuß Breite in das Thal. Die Stadt war verloren, so weit sie im Wege des entsetzten Elements lag; donnernd schäumten die Wasser über ihre Vorstadt hinweg, Meile um Meile weiter durch Dörfer und Städte, bis sie nach 40 Kilometer Weges sich verlaufen hatten. Drei deutsche Meilen weit war das Thal zerstört; auf 50 Kilometer, bis Doncaster hin, bedeckte den Boden ein Chaos von Schlamm, Trümern und Leichen: die Katastrophe vernichtete 250 Menschenleben und richtete einen Schaden von 10 Millionen Mark an. Ungleich schrecklicher spielte sich die Tragödie eines Dammbruches über der gewerbthätigen Stadt Johnstown im Alleghanygebirge ab. Seit langer Zeit befand sich hier, 400 Meter über dem Orte in einer landschaftlich reizvollen Gegend, ein gewaltiger Stauteich von 4 bis 5 Kilometer Länge, dessen Wassermenge, mehr denn je einmal größer, als sie je gebrochene Bassin von Boucey enthielt, genau so wie dieses zur Speisung eines Schiffahrtskanals gedient hatten. Der letztere war seit Jahrzehnten von der übermächtigen Konkurrenz der Eisenbahnen außer Betrieb gesetzt, der Spiegel des schönen, stillen Waldsees diente, gleich dem des französischen Beckens, zum Segeln und Fischen, und kein Mensch dachte an Gefahr. Da brachte das Frühjahr von 1889, wiederum gleich dem diesjährigen, eine ungewöhnliche Wassermenge aus den Bergen und Wäldern; der Wasserpiegel schwoll, und es ließ sich berechnen, daß die Oberfläche bald erreicht sein würde und dann die Katastrophe unvermeidlich sei. Nun donnerten Kanonen, warnten Glocken, sprachen Telegraphen nach Johnstown und weite ins Thal hinab, aber die Bewohner, von Kindesbeinen an sicher, lachten über den blinden Lärm und blieben ohne Vorschriften. Dann fand der Bruch statt und dem Napf auf dieser Millionen Kubikmeter widerstand einfach nichts. Bruchstücke des Dammes und Geröll aus dem Flusse wurden meilenweit fortgetragen; Bäume wurden gefällt, wie man Halm mäht. Johnstown besaß 20,000 Einwohner: 5000 raffte diese Sintflut hinweg.

## Neueste Nachrichten.

**Berlin.** 16. Mai. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat das Mandat des Abgeordneten Möller erneut bestimmt mit 9 gegen 2 Stimmen für ungültig, die Wahlen der Abgeordneten Dr. Hermann Bauer-Bolkenhain und Hamburg für Osterburg-Stendal für ungültig erklärt. Da wird also wieder einer der Herren Nationalliberalen, der nur auf Grund schmähschärfster Wahlpraktiken ein Mandat „eroberte“, zum Tempel hinausfliegen und zwar hoffentlich noch vor Schluss der Session. Dazwischen, einer der verbohrtesten Vertreter einheitlicher Kapitalsinteressen, nicht wiederekehrt, dafür werden unsere Genossen sorgen.

**Bonn.** 16. Mai. In Folge eines Gerüsteinsturzes wurde ein Arbeiter getötet, mehrere schwer verletzt.

**Wien.** 16. Mai. Kalnoth reichte gestern seine Demission ein, welche der Kaiser annahm. — Wie in Budapester gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist als Nachfolger Kalnoths Graf Agenor Goluchowski, der vormalige österreichische Gesandte in Bukarest, aussersehen. Graf Goluchowski, ein Sohn des früheren reactionären Ministers des Innern, des Vorgängers Schmerlings, ist polnischer Nationalität und soll noch flexibler als Kalnoth sein.

Hier verlautet bestimmt, der Wiener Gemeinderath würde aufgelöst werden, wenn Dr. Queger zum Bürgermeister gewählt werden sollte.

Der Belgrader Correspondent der „A. Fr. Presse“ veröffentlicht ein Interview mit dem serbischen Finanzminister, worin dieser die categorische Erklärung giebt. Serbien werde allen Verpflichtungen gegen seine auswärtigen Gläubiger lojal und pünktlich nachkommen. Humbug!

**Laibach.** 16. Mai. Geringe Erdbebenbewegungen dauern fort. Jede Nacht erfolgen zwei bis drei leichte Stöße, welche keine Beunruhigung mehr hervorrufen. Auf den Sirocco folgte in der letzten Nacht ein Nordsturm mit Gewitter und Regengüssen. Seit 10 Uhr Vormittags ist Schneefall eingetreten. Die Unterbringung der Wohnunglosen in Baracken erfolgt nun mehr in größerer Reichweite. Vielleicht? Es ist ein Scandal, eine Schande für die herrschende „Ordnung“ unserer kapitalistischen Welt, daß man für die

Opfer solcher Naturereignisse nicht andere Hilfsmittel anwendet, als die, welche die Wohlthätigkeit zur Verfügung stellt.

**Graz.** 16. Mai. In Villach fand gestern früh 3 Uhr wieder ein leichter Erdstoß statt, dem 4, um 5 und 6 Uhr noch weitere folgten.

**Budapest.** 16. Mai. In Mistolez wurden der Präsident und mehrere Leiter des Arbeitvereins verhaftet. Bei der Haussuchung wurden zahlreiche Schriften gefunden, die auf eine geplante sozialistische Bewegung hinweisen. Wie furchtbar!

**Warschau.** 16. Mai. Der nicht immer zuverlässige „Goniec Wielopolski“ weiß mitzutheilen, daß den polnischen Studenten der Universität Berlin durch Ministerialerlass der Austritt aus den polnischen wissenschaftlichen Vereinen bei sofortiger sonstiger Relegation befohlen worden ist.

**Kom.** 16. Mai. Nach einer Wahlversammlung in Spinazzola wurde der Bürgermeister des Ortes, welcher die Candidatur des radicalen Candidaten befürwortet hatte, meuchlings ermordet. Der Bürgermeister befand sich im Augenblick seiner Ermordung in Begleitung des radicalen Abgeordneten Imbriani. Was sagt der Trippi dazu?

**Madrid.** 16. Mai. Der „Imparcial“ veröffentlicht eine Depesche aus Havanna, nach welcher in der Nähe von Santiago (Cuba) ein Zusammenstoß zwischen den spanischen Truppen und den Aufständischen stattgefunden hat. Die spanischen Truppen haben glänzend gesiegt. Die Verluste der Aufständischen sind beträchtlich. Wenn's nur wahr ist! Diese offiziellen spanischen Siegesdepeschen haben sich bisher als recht fragwürdig erwiesen.

**Breslau.** 17. Mai. Ein Sturz einer Mauer. Das Grundstück Schweidnitzerstraße 33 wird gegenwärtig niedergelegt, um einem Neubau zu weichen. Die Abrückarbeiten waren schon bis zum Souterrain gediehen, als sich heute Morgen ein noch stehender Mauerteil von selbst niedergelte, wobei zwei Arbeiter zum Theil verschüttet wurden. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr leistete den Verunglückten die erste Hilfe. Arbeiter Przedzik ist schwer, Arbeiter Jentsch leicht verletzt. Beide wurden dem Allerheiligsten-Hospital zugeführt.

## Standesamtliche Nachrichten.

Vom 16. Mai.

**Heiraths-Ankündigungen.** I. Schneider Paul Gauder, kath., Weißgerbergasse 57, und Bertha Franke, ev., Weißgerbergasse 57. — II. Holzbildhauer Hermann Leder, kath., Hörschenstr. 53a, und Hilda Seelmann, ev., Sadowerstraße 46. — Schuhmachermeister Josef Moschner, kathol., Neue Schweidnitzerstr. 9a, und Amalie Bahn, kath., hier. — Friseur Paul Fichtel, evang., Messergasse 15, und Maria Wiczorek, ev., Brunnenstr. 24. — Maschinenarbeiter Paul Eichene, ev., Königgräzerstr. 10, und Auguste Labusse, ev., hier. — III. Restaurateur Franz Raban, kathol., in den Kasernen 6b, und Hedwig Koch, kathol., Paulstraße 14. — Lederrüchter Hermann Wiel, ev., Sternstr. 39, und Martha Danzina, ev., Adalbertstr. 37. — Arbeiter August Liebschen, ev., Laurentiusstr. 20, und Emma Liebenfist, ev., baselbst. — Geprüfter Locomotivheizer Richard Schupp, ev., zu Neisse, und Meta Stenzel, ev., Matthiasstr. 34.

**Eheschließungen.** I. Herrschaftlicher Diener Paul Broll, kath., zu Sterzendorf, mit Anna Bartsch, kath., hier.

Ausschänker Heinrich Scholz, ev., mit Pauline Gößner, evang., hier. — Haushälter Carl Ritter, kathol., mit Anna Hadametz, ev., hier. — Schneider Constantin Gorek, kathol., mit Maria Schäfer, kathol., hier. — II. Maschinenmeister Rudolf Kaiser, ev., mit Marie Peschel, ev., hier. — Kutschere Gustav Vogel, ev., hier, mit Auguste Delzeit, ev., zu Friedewalde. — Comptoirdiener Hermann Schause, ev., mit Anna Schiller, ev., hier. — Haushälter Maximilian Schirpke, ev., mit Anna Jenke, ev., hier. — III. Sattler Josef Küst, kath., mit Pauline Köbler, ev., hier. — Tischler Carl Heckert, ev., mit Clara Matwall, ev., hier. — Maschinenarbeiter Gustav Feike, ev., mit Pauline Menzel, evang., hier. — Buchhalter Hermann Kerche, ev., mit Emma Ratig, ev., hier.

**Geburten.** I. Tischlermeister Paul Eichner, ev., T. — Schneidermeister Otto Schreiber, ev., T. — Stellmacher Paul Hänisch, ev., T. — Arbeiter Paul Baumgart, kathol., T. — Interimistischer Straßenreinigungs-Ausseher August Eike, apostol., T. — Restaurateur Otto Rabuske, kathol., T. — Arbeiter Wilhelm Klitsch, evang., S. — Haushälter Franz Dünisch, kath., S. — Hausmeister Paul Knie, kath., T. — Tischler Paul Wolff, ev., T. — Schneider Paul Schmiegel, ev., T. — Schriftsteller Louis Strojny, jid., S. — Schuhmacher Bernhard Grossel, kathol., T. — Zeilenbauermeister Carl Pätzner, ev., T. — II. Arbeiter Wilhelm Zielonkowski, kath., T. — Arbeiter Carl Mischok, evang., S. — Schlosser Ernst Wolf, ev., T. — Postchaffner Hermann Lengsfeld, ev., S. — Schuhmacher Gottlieb Deutscher, evang., T. — Postchaffner Friedrich Hein, evang., S. — III. Militärarbeiter Emil Sachweh, ev., T. — Schlossermeister Hermann Steinmann, ev., T. — Haushälter August Thoma, kathol., S. — Bank-Procurist Gustav Weber, evang., T. — Bäcker Anton Wrobel, kath., S. — Cigarrenmacher Paul Furt, kath., T. — Leutnant Carl Zitzla, kath., T. — Handelsgärtner Johann Schneider, kath., T. — Städter Straßenmeister Albert Linde, ev., T. — Gepr. Locomotivheizer Gustav Geißler, ev., S. — Schlosser Eugen Freyer, evang., S. — Gärtner Johann Ambrosius, ev., S. — Steinzeuger Richard Roth, kath., S. — Arbeiter Daniel Kiefer, evang., T. — Arbeiter Reinhold Fichtner, evang., T.

**Schneidermeister Otto Schreiber, ev., T. — Stellmacher Paul Hänisch, ev., T. — Arbeiter Paul Baumgart, kathol., T. — Interimistischer Straßenreinigungs-Ausseher August Eike, apostol., T. — Restaurateur Otto Rabuske, kathol., T. — Arbeiter Wilhelm Klitsch, evang., S. — Haushälter Franz Dünisch, kath., S. — Hausmeister Paul Knie, kath., T. — Tischler Paul Wolff, ev., T. — Schneider Paul Schmiegel, ev., T. — Schriftsteller Louis Strojny, jid., S. — Schuhmacher Bernhard Grossel, kathol., T. — Zeilenbauermeister Carl Pätzner, ev., T. — II. Arbeiter Wilhelm Zielonkowski, kath., T. — Arbeiter Carl Mischok, evang., S. — Schlosser Ernst Wolf, ev., T. — Postchaffner Hermann Lengsfeld, ev., S. — Schuhmacher Gottlieb Deutscher, evang., T. — Postchaffner Friedrich Hein, evang., S. — III. Militärarbeiter Emil Sachweh, ev., T. — Schlossermeister Hermann Steinmann, ev., T. — Haushälter August Thoma, kathol., S. — Bank-Procurist Gustav Weber, evang., T. — Bäcker Anton Wrobel, kath., S. — Cigarrenmacher Paul Furt, kath., T. — Leutnant Carl Zitzla, kath., T. — Handelsgärtner Johann Schneider, kath., T. — Städter Straßenmeister Albert Linde, ev., T. — Gepr. Locomotivheizer Gustav Geißler, ev., S. — Schlosser Eugen Freyer, evang., S. — Gärtner Johann Ambrosius, ev., S. — Steinzeuger Richard Roth, kath., S. — Arbeiter Daniel Kiefer, evang., T. — Arbeiter Reinhold Fichtner, evang., T.**

**Todesfälle.** I. Max, S. des Tischlermeisters Carl Blaifa, 2 M. — Handelsmann Löbel Fischel, 80 J.

— Gaulis Mohs, ohne Beruf, 75 J. — Bremers-Wittwe Johanna Grond, geborene Weigelt, 51 J. — Näherin Marie Wilhelmi, 43 Jahre. — Schneidermeister Wittwe Wilhelmine Baum, geb. Tieck, 76 T. — Handarbeitslehrerin Theresia Blau aus Margarethen, 55 J. — Carl, S. des Arbeiters Carl Blaifa, 7 Mon. — Elisabeth, T. des Arbeiters Wilhelm Scholz, 7 Mon. — II. Elisabeth, T. des Arbeiters Wilhelm Zielonkowski, 19 Tunden. — Schuhmachermeister Josef Dittmann, 62 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Paul Kleß, 6 J. — Knecht August Melzer, 57 J. — Hofstreichswitwe Elisabeth Siebig, geborene Höft, 60 J. — Dienstmädchen Catharina Paris, 23 J. — Käuzer, S. des exam. Heizers Paul Sprete, 7 W. — Arbeitersfrau Wilhelmine Hentschel, geb. Scholz, 61 J.

## Wegen Umzug verkaufe ich zu spottbilligen Preisen:

ähnliche Wäsche-Artikel für Herren, Damen und Kinder, Oberhemden, anerkannt bestes Fabrikat und vorzüglicher Stoff, sowie Cravatten zu jedem nur annehmbaren Preise. Günstigste Gelegenheit zur Anschaffung vollständiger Ausstattungen.

3812.

**J. Eisenhardt's Nachfolg.,**  
Breslau, Blücherplatz 4.

## Concordia

Margarethenstrasse 17.

Sonnabend, den 18. Mai 1895:

## GROSSES MAI-FEST

bestehend in  
Vokal-Concert, humoristischen Vorträgen,  
Ensembleszenen, Theater und Tanz,  
arrangiert vom

Socialdemokratischen Verein für Breslau  
und Umgegend.

## PROGRAMM.

I. Theil.

1. Begrüßungs-Chor . . . . . Kratzer.
2. Der Pantoffelritter, Couplet . . . . .
3. Lustchen vom Sandkrug, declamator. Scene Frau Ehrenberg.
4. Die Drückeberger, Duett . . . . .
5. Es dämmert im Osten, Chorlied . . . . . Riva.
6. Declamation und lebendes Bild arrangirt v. H. Jahn.
7. Völkerfröhling, Chorlied . . . . . Thieme.
8. Welke Blätter, Characterserie und Couplet Herr Ehrenberg.
9. Dunkle Volksmänner, humorist. Scene u. Duett
10. Eine Heirath durch die Zeitung. Herr u. Frau Ehrenberg.
11. Die Lebensmüden, musik. Humoreske v. C. Köhler.

**PERSONEN:**  
Kroll, ein reicher Börsenspeculant.  
Voll, ein unglücklicher Liebhaber.  
Knoll, einer dem alles Wurst ist.

Ort der Handlung: In der Straschate. — Zeit 18. Mai 1895.

12. Arbeiterlied, Chor . . . . . Frohsdorf.

III. Theil. Theater.

## Eine Maifeier auf dem Lande.

Festspiel von F. R.

PERSONEN:

Walter Steffen ein alter Maurer.

Frau Steffen.

Kurt Steffen, deren Sohn.

Karl, Enkelkind.

Der Dorfchmied.

Ein Bauer.

Frizzi, ein Knecht.

Scene: Freier Platz am Dorf. Zeit: Mai 1895.

Schluss tableau: **Maifestzug.**

Hierauf:

## TANZ.

Die Tanz-Ordnung ist durch Reihenfolge der Farbe der Tanzabzeichen festgesetzt und ist dem Tanzordner unbedingt Folge zu leisten.

Einzess 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Programme à 30 Pf. sind zu haben.

Mühlig, Burgfeld 15. Redner, Blücherstrasse 24, L. Pätzold, Brüderstrasse 2 part. Liebereit, Schulgasse 19. Kresse, Bismarckstrasse 34. Burgund, Vincenzstr. 8. Skowronek, Ottosstr. 46. I. und in der Exped. der Volkswacht.

Tanzbücher zu dem Festspiel: "Eine Maifeier auf dem Lande" sind zum Preise von 10 Pf. an der Kasse zu haben.

## Maikränzchen

Sonnabend, den 18. Mai 1895  
im Stadtsaal.

**Zur Fürstenkrone** Fürstenstraße 32, des deutschen Reichstages  
(Dominik, in der Martinik) arrangirt vom

**Central-Verein der sozialen Führer (Büdlich Breslau)**

Gute Herr mit Dame 60 Pf. Einzelne Dame 25 Pf.

Anfang 8 Uhr. Das Comitee

Günztalerzur für zu haben bei Baldwin Gerhardt, Stein-

Schnitzgasse 43, Striebers, Striebersgasse 14, Klein, Striebersgasse 35

und in der Erektion der "Volkswacht".

## Achtung! Holzarbeiter!

Das

**Maikränzchen**

jeden Sonnabend, den 18. Mai u. im Saale zur  
"Wilhelmsburg" bestimmt statt.

3846

Die Local-Beratung.

## Fabrik von Arbeitssachen

Qualität. Arbeitshosen.

**E. Liedecke, Stodgasse Str. 30.**

zu günstig.

zu günstig.

Rechtschaffener Arbeit: E. Liedecke, — Arbeitshosen: Neue Gruppenstrasse 56; — für den Aufenthalt: E. Liedecke, — Erdgeschoss: E. Liedecke, — Preis von 24. Pfennig; — für den Aufenthalt: E. Liedecke, —

Hiermit nehme ich die gegen den

## Großen Schütz

ausgestoßenen beleidigenden Anerkennungen zurück und bedauere dieselben gethan zu haben.

F. Kuhlemeier.

3858

## Liebich's Etablissement.

### Neues Sommer-Theater.

Direktion: F. Witte-Wild.

Freitag:

"Die Chansonne." Sonnabend:

"Der Vogelhändler."

Empfehle meine angenehmen

## Restaurations-Localitäten

einer geeigneten Beachtung.

Jeden Sonnabend: 3705

## Gemüthliches Gesellschaftscafé.

W. Menzel,

4 Andersohnstraße 4.

## Als Gelegenheitsgeschenke

empfehle ich

**Goldene Damen-****Uhren,** 12 M. an.**Goldene Damen-****Romant. Uhren,** 19 M. an,**Silberne****Schlüssel-Uhren** 5 M. an,

ferner empfehle

**Silber-Schlag-Regulator**

20 cm lang, 14 M. an.

**Sch-Schlag-****Regulator,** 20 cm lang, 11 M. an.**Keile-Schleifer** 5 M.

sowie alle Arten

**Wand-Uhren**

zu billigen

Preisen unter Bühniger Garantie.

Großes Lager von

**Gold- und Silber-Sachen.****Ringen, Medaillons, Garaturen****Kreuze, goldene Trauringe**

zu 5 M. an u. j. w.

Dazu werden die Uhren, Gold- und

Silberuhren gekauft und künftige

mit in Zahlung genommen.

Wieder verkäufer hohen Rabatt.

**Josef Klein,**

Satzigstrasse 18.

Satzigstrasse 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.

Berband deutscher Gold-

und Silberarbeiter und ver-

wandter Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.) Abends von 8—10 Uhr:

Sassenabend in Leopold's

Restaurant Grunewald 32.